Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 28,00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. — Durch die Post bezogen 32 Mark einschließl. Bestell- und Bezugsgeld. — Einzelnummer 1,50 Mark.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 1,50 Mk., im Reklameteil 7,00 Mk., für Ehrenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanzigs erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 167. Mittwoch den 19. Juli 1922 49. Jahrg.

Vertagung ist keine Lösung.

Als im Reichstag, nachdem man nach einigen Wirren den Rest des Programms der sommerlichen Tagung erledigt hatte, die schrillen Klingelzeichen ertönten, als das Megaphon in die gemütlichen Ecken, die oft besser besetzt sind als der Sitzungssaal, das von den ferienfrohen Gemütern mit Sehnsucht erwartete Wort „Vertagung" hinausschrie, da bedeutete diesmal das Wort doch mehr, als daß nur wieder ein Tagungsabschnitt des Parlaments erreicht ist. Vertagt sind diesmal auch all jene großen Entscheidungen, um die man mit so viel Eifer gerungen hatte.

Vertagt ist auch — und das muß man im Auge behalten — die Frage der Reichstagsauflösung. Immer wieder hatte man das Gespenst einer Auflösung an die Wand gemalt, und es ist ja auch zweifellos richtig, daß eine solche Auflösung des Parlaments im gegenwärtigen Augenblick sehr bedenkliche Wirkungen hätte haben müssen. Selbst wenn, was noch keineswegs feststeht, der Wahlkampf vollkommen ruhig verlaufen wäre, so sind die außenpolitischen Gefahren doch nicht zu unterschätzen. Die deutsche Regierung muß jetzt mit der Reparationskommission über das Moratorium verhandeln. Das wäre nahezu unmöglich für eine Regierung, die sich nicht auf das Parlament stützen kann, für eine Regierung, von der man nicht weiß, ob nicht die Wahlen sie beseitigen wird. Auf Seiten der Regierung war man darum auch immer bestrebt, die Auflösung zu vermeiden, und noch zuletzt hat sich auch der Reichspräsident nach seiner Rückkehr aus Freudenstadt in diesem Sinne ausgesprochen. Ernsthaft ist zuletzt wenigstens von besonnenen Politikern, nachdem es einmal gelungen war, in der Frage der Getreideumlage zu einem Kompromiß zu gelangen, eine Auflösung des Parlaments kaum noch gefordert worden. So schreibt auch der „Vorwärts", daß eine Auflösung des Reichstages nur möglich ist, wenn es sich um sachliche Gegensätze von solcher Tiefe handelt, daß sie das ganze Volk aufrüttelt. Dieser Fall war gegeben bei der Getreideumlage und er wäre eingetreten, wenn die Gesetze zum Schutz der Republik eine Fassung erhalten hätten, in der sie ihrem Zweck nicht entsprechen. Nun aber ist gestern das Schutzgesetz mit reichlicher Mehrheit von der Deutschen Volkspartei bis zu den Unabhängigen angenommen worden und hat damit wenigstens für diesen Fall eine Einheitsfront hergestellt, welche uns viel hätte ersparen können, hätte sie schon früher sich herausgebildet!

Vertagt ist auch die Frage der Verschmelzung der USP. und der Mehrheitssozialisten. Die Frage ist zwar aufgeworfen, die Auseinandersetzung in der Fraktion der Unabhängigen hat recht lange gedauert und soll zeitweilig auch recht scharfe Formen angenommen haben, aber man hat hier auch schließlich mit beträchtlicher Mehrheit der Vertagung zugestimmt. Der sozialdemokratische Parteitag ist für den 17. September nach Augsburg einberufen und etwa zur gleichen Zeit dürfte auch der Parteitag der Unabhängigen zusammentreten. Dann wird man sich also erneut mit der Frage der Vereinigung beider Parteien zu beschäftigen haben, wobei es als sicher gelten kann, daß, wenn diese Fusion zustande kommt, der linke Flügel der USP. abspliittern wird. Auf sozialistischer Seite wird man natürlich alles tun, um die so lang ersehnte Einigung zustande zu bringen. „Wenn der Reichstag im Herbst wiederkommt," so schließt der „Vorwärts" einen „Es lebe die Einigkeit!" überschriebenen Artikel, „dann darf es nur noch eine Fraktion, eine Partei, eine geschlossene organisierte Masse der deutschen Sozialdemokratie geben!"

Damit ist auch die Frage der Regierungsumbildung vertagt. Im Augenblick legen die Unabhängigen auf den Eintritt eines ihrer Abgeordneten in die Regierung keinen ausschlaggebenden Wert. Auch hierüber soll der Parteitag Beschluß fassen. Bekannt ist ja auch, daß der Reichspräsident, der auch jetzt wieder mit viel Geschick vermittelt hat, in Anbetracht der außenpolitischen Schwierigkeiten darauf hinwirkte, die Umbildung bezw. die Erweiterung der Regierung erst im Herbst in Angriff zu nehmen.

Vertagt ist auch damit die Frage der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien. Die Verhandlungen haben zwar eine eingehende Debatte, aber keine endgültigen Beschlüsse gebracht. Vollkommene Einigkeit herrscht jedenfalls darüber, daß es sich bei dieser Arbeitsgemeinschaft keineswegs um eine agressive bürgerliche Front gegen die Sozialdemokratie handeln kann. Einzelheiten des Planes sind bisher noch nicht festgelegt. Es ist wohl in erster Linie an eine Vorbesprechung bei gesetzlichen Maßnahmen gedacht, um von Fall zu Fall eine gesetzliche Stellungnahme zu suchen. Man verspricht sich vor allem eine Vereinfachung des parlamentarischen Geschäftsganges von der Arbeitsgemeinschaft. Selbstredend werden aber die einzelnen Fraktionen ihre völlige Selbständigkeit behalten, denn was erreicht werden soll, das ist eine taktische, aber keine programmatische Annäherung, wie die „Germania" ausdrücklich betont. Es ist gewiß, daß diese Arbeitsgemeinschaft natürlich sich erst einleben muß. So ist z. B. der Kreuzungsantrag der Deutschen Volkspartei, den 18. Januar und nicht den 11. August zum Nationalfeiertag zu machen, in diesem Zeitpunkt nicht glücklich. Vor allem aber wird die Provinzagitation noch mancherlei Überraschungen bringen. Hat man sich seit Jahren an die rücksichtslose Agitation gewöhnt, so mag es jetzt schwer fallen, eine andere Tonart zu finden. Ja, hat doch mancher bisher gemeint, er mache Politik, wenn er agitierte. Auch in unserem Bezirke wird häufig noch eine Sprache geführt, welche das Zusammengehen recht erschwert. Es sollte selbstverständlich sein, daß die Arbeitsgemeinschaft im Reiche auch für das politische Leben in den Bezirken unbeschadet eigener Ansichten in der Tonart, in den Kampfmitteln Mäßigung und Takt fordert. Es wird sich jetzt deutlicher als je zeigen, wer ein Nur-Parteipolitiker ist und wer mehr ist als das.

Es ist nötig, in den kommenden Wochen die innerpolitischen Schwierigkeiten bei Wiederbeginn der Reichstagsperiode durch die Dämpfung der schädlichen Nur-Parteipolitik herabzumindern. Denn alle die „Vertagungen", welche wir aufzählten, stellen ja keine Lösungen dar. Im Herbst wird die Frage der Regierungsumbildung von neuem gestellt werden und dann muß sie gelöst werden. Bis dahin liege sich in allen Parteien für Erziehung zum Verantwortlichkeitsgefühl, zur nüchternen Erkenntnis des Notstandes gar vieles leisten.

Französische Denkschrift über den „absichtlichen" Bankrott.

Paris, 19. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Morgenblätter bringen heute die Meldung, daß die französische Regierung eine Denkschrift vorbereite, in der sie Deutschland beschuldigt, geflissentlich den Marksturz herbeigeführt zu haben. Die Denkschrift soll der Reparationskommission als Argument bei den Beratungen über das Moratorium dienen.

Der „Oeuvre" nimmt an, daß Poincaré einige Tage vor dem 15. August, d. h. vor dem nächsten Zahlungstage, also vor man Deutschland eine Antwort geben müsse, ob man das Moratorium billige, die Reise nach London antreten werde. Der „Petit Parisien" verlangt heute in einem Leitartikel eine strenge Kontrolle der deutschen Finanzen. Man werde bald erkennen, ob der Garantieausschuß in Berlin in dieser Richtung ein befriedigendes Ergebnis erzielen werde. Auch dies Blatt spricht von der übertriebenen Ausgabe von Banknoten. Es sei Zeit, daß das ein Ende nehme. Man könne einem Lande nicht gestatten, eine tödliche Unordnung in den europäischen Organismus zu bringen. (Sehr richtig! rufen wir dem Volke mit dem 600 000 Mann-Heer und dem Besatzungsunfrium zu!) Das Blatt glaubt, daß auch die Kompensation eines Teiles der alliierten Schulden mit der deutschen Schuld nötig sei.

Nur ganz geringfügige Zugeständnisse . . . .

Köln, 19. Juli. (WTB.) In einem Artikel der „Kölnischen Zeitung" über Koblenzmut und Kohlenpreis heißt es, daß die Verbandsmächte, wie das Blatt höre, es abgelehnt haben sollen, englische Kohlen an Stelle der rückständigen Wiederherstellungskohle anzunehmen und sich auch den Vorstellungen der deutschen Note über die Schwierigkeiten der deutschen Kohlenversorgung gegenüber durchaus ablehnend verhalten. Wenn übrigens mit einer Milderung der deutschen Kohlenleistungen gerechnet werden könne, was noch fraglich sei, so werde es sich um so geringfügige Zugeständnisse handeln, daß sie an unserer schwierigen Lage kaum etwas ändern könnten. Insbesondere verharrten die Verbandsmächte auf der vorzugsweisen Lieferung von Koks und Kokskohle mit ihren tief einschneidenden Rückwirkungen auf die gesamte deutsche Industrie.

Schwierige Lage im amerikanischen Bergbau?

Washington, 19. Juli. (WTB.) Präsident Harding empfahl den verschiedenen Staaten, durch Truppen die Bergwerke schützen zu lassen, in denen die Arbeit wieder aufgenommen worden ist.

Aufhebung des freien Devisenhandels in Oesterreich.

Wien, 19. Juli. (WTB.) Durch Verordnung des Bundesfinanzministeriums betreffend die Beschränkung des Handels und Verkehrs mit ausländischen Zahlungsmitteln wird bestimmt, daß ab 19. Juli jeder freie Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln, auch an der Börse und von Büro zu Büro und die Vermittlung von Geschäften bis auf weiteres streng verboten ist. Ausgenommen ist aber die Abgabe von ausländischen Zahlungsmitteln zur Bestreitung von Reisespesen. Alle nach der Devisenordnung zulässigen Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln sind ausschließlich in der Clearing-Devisenzentrale abzuwickeln. Als Preise für ausländische Zahlungsmittel dürfen nur die von der Devisenzentrale veröffentlichten Kurse verlautbart werden.

Korfanty in Nöten.

Warschau, 19. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die polnische Staatskrisis wird immer verwickelter. Korfanty sucht seine Ministerliste zusammenzustellen. Die Linke opponiert unnachgiebig gegen ihn. Die Sozialisten haben beschlossen, ein Manifest zu veröffentlichen und einen einträgigen Generalstreik zu veranstalten.

Der illegale Marburger „Studententag" verboten.

Frankfurt a. M., 19. Juli. (WTB.) Das Oberpräsidium für Hessen-Nassau hat den geplanten Studententag in Marburg verboten. Dieser „Studententag" war ein nicht gesetzmäßiger, insofern er von einer parteiisch-deutsch-völkisch eingestellten studentischen Gruppe im Gegensatz zu dem verfassungsmäßigen Hannenser Studententag einberufen war.

Deutschlands Zahlungsunfähigkeit.

Eine deutsche Note.

In der der Reparationskommission am 11. Juli in Paris übergebenen Note über ein Moratorium für die bis 1924 fälligen Reparationsbarzahlungen war angekündigt worden, daß wegen der übrigen Barzahlungen auf den Friedensvertrag, für deren Regelung nicht die Reparationskommission, sondern die beteiligten alliierten Regierungen selbst zuständig sind, an die Regierungen eine weitere Note gerichtet werden würde.

Diese Note ist Ende der vorigen Woche in London, Paris, Rom und Brüssel übergeben worden. Den Botschaftern der Vereinigten Staaten von Amerika und Japan in Berlin ist gleichzeitig eine Abschrift dieser Note überreicht worden. In dieser Note wird auf den an die Reparationskommission gerichteten Moratoriumsantrag Bezug genommen und für die Zeit bis zum Ende des Jahres 1924 beantragt, daß die monatlichen Clearingraten, die zurzeit 2 Millionen Pfund betragen, auf eine halbe Million Pfund herabgesetzt werden, und daß Barzahlungen auf Abschnitt 4 des Teiles 10, insbesondere auf § 297 e des Vertrages von Versailles, in dieser Zeit nicht zu leisten sind.

Rückreise des Garantiekomitees.

Berlin, 19. Juli. (WTB.) Das Garantiekomitee ist nach einer Schlußsitzung, die unter Vorsitz des Reichsfinanzministers mit den Vertretern der deutschen Regierung stattfand, gestern abend nach Paris zurückgereist.

Der englische Bevollmächtigte schiebt die Verantwortung dem französischen Vertreter zu.

London, 19. Juli. (WTB.) Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, Sir John Bradbury habe ihn ermächtigt, zu erklären, es sei nicht richtig, daß er der Reparationskommission Vorschläge bezüglich der Behandlung des deutschen Ersuchens für eine Ausdehnung des Moratoriums gemacht habe. Ebensowenig sei richtig, daß er annehme, es werde der Fall eintreten, daß die Frage durch Mehrheitsbeschluß erledigt werde. Der britische Delegierte sei der Auffassung, daß der Bericht des Garantiekomitees sorgfältig abgewogen werden müsse.

Soweit er die Lage überblicken könne, erscheine ihm die Gewährung eines Moratoriums mindestens bezüglich der Barzahlung im Jahre 1922 unvermeidlich. Da aber seines Erachtens die gegenwärtige sehr ernste Lage im hohen Grade die Folge des Scheiterns der von ihm bezüglich des Bankieraussschusses empfohlenen Politik sei, sei er der Ansicht, daß die Initiative bei dem Vorschlag der notwendigen Abhilfemaßnahmen den französischen Delegierten in der Reparationskommission überlassen werden sollte. Bevor er also einen Entschluß bezüglich des einzuschlagenden Kurses fasse, warte er die Vorschläge ab, die sein französischer Kollege zweifellos nach Empfang des Berichtes des Garantiekomitees machen werde.

Paris, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Vertreter in der Reparationskommission Sir John Bradbury ist heute in Paris wieder eingetroffen, nachdem er in London eine sehr ausführliche Besprechung über das Reparationsproblem mit Lloyd George gehabt hatte.

*

Poincaré wartet den Bericht des Garantiekomitees ab.

Paris, 19. Juli. (WTB.) Poincaré hat die englische Regierung verständigt, daß er nicht in der Lage sei, das Datum anzugeben, wann er mit Lloyd George in London zusammentreffen könne, bevor er Kenntnis von dem Bericht des Garantieausschusses genommen habe, der evtl. eine ernstliche Grundlage für die geplanten Besprechungen über die Reparationen abgeben könnte. Die dem britischen Geschäftsträger in Paris übermittelte Note schließt daher, so heißt es in der Havasmitteilung weiter, keineswegs die Möglichkeit eines Zusammentreffens der beiden Staatsmänner aus, was übrigens in Paris wie auch in London wünschenswert erscheine. Der französische Ministerpräsident behalte sich nur vor, den Augenblick auszuwählen, den er für den günstigsten hält.

Nach einer Pariser Meldung der „D. A. Z." soll in seiner gestrigen Sitzung der Ministerrat beschlossen haben, die schleunige Durchführung des Wiesbadener Abkommens von Deutschland mit allen Mitteln zu verlangen. Unentschieden ist nach wie vor noch die Zollfrage für die aus Deutschland kommenden Güter. Der Plan des Ministers Le Troquer soll die Billigung des Ministerrats gefunden haben (Deutsche Arbeitsleistungen in Frankreich, s. B. Rhonerregulierung).

Morgen tritt das Wiesbadener Abkommen in Kraft!

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Das Wiesbadener Hauptabkommen vom 6. Oktober 1921 und das Rappel-Gillet-Abkommen vom 15. März und 3. Juni 1922 werden nach einem Übereinkommen der deutschen und der französischen Regierung vom 20. Juli d. J. zur Anwendung gelangen. Von diesem Tage ab gilt deshalb für die Reparationslieferungen an Frankreich, soweit sie für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, der freie Verkehr nach Maßgabe des Cuntze-Bemelmans-Abkommens vom 2. Juni 1922. Ausgenommen vom freien Verkehr sind gewisse in einer besonderen Liste zusammengestellte Waren, für die das Verfahren des Wiesbadener Abkommens gelten wird. Mit Durchführung des letzteren ist der Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten beauftragt worden. Zur Ausführung des freien Verkehrs mit Frankreich und des Wiesbadener Abkommens sind zwei Bekanntmachungen erlassen worden, die im „Reichsanzeiger" veröffentlicht werden.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat wiederholt gebeten, die Neuwahl des Reichspräsidenten vorzunehmen, sobald rechtliche und tatsächliche Hindernisse nicht mehr im Wege stehen. Nachdem nunmehr der deutsch verbleibende Teil Oberschlesiens abgegrenzt und geräumt ist, hat der Reichspräsident den Reichskanzler erneut um Anberaumung der Wahl durch den Reichstag ersucht. Der Reichskanzler hat, da nach dem Gesetz der Tag der Wahl vom Reichstage festgesetzt wird, die Frage mit den Parteiführern eingehend besprochen. Diese waren einmütig der Auffassung, daß es nicht zweckmäßig sei, den Wahltag noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages festzusetzen, daß dagegen die Beschlußfassung des Reichstages hierüber alsbald nach seinem Wiederzusammentritt im Oktober vorgenommen werden soll. Danach wird die Wahl voraussichtlich im Dezember oder Januar stattfinden.

Die deutsche Einheitskurzschrift.

Der Ausschuß zur Ausarbeitung einer deutschen Einheitskurzschrift, der im Reichsarbeitsministerium des Innern unter Leitung von Staatssekretär Schulz vom 11. bis 13. Juli tagte, hat den Entwurf einer Verkehrsschrift fertiggestellt und der Reichsregierung übergeben.

Bei der Abstimmung haben von 12 anwesenden Ausschußmitgliedern acht für den Entwurf und drei dagegen gestimmt; ein Mitglied enthielt sich der Stimmabgabe. Für den Entwurf stimmten sämtliche Regierungsvertreter der Schulen Gabelsberger und Stolze-Schrey mit Ausnahme eines Herrn (Gabelsbergerianer), der von seiner Regierung zu einer Stimmabgabe nicht ermächtigt zu sein glaubte und sich daher der Abstimmung enthielt, ferner alle von der Schule Gabelsberger entsandten Vertreter. Dagegen stimmten die von der Schule Stolze-Schrey benannten drei Herren, weil sie in der Wahl des Gabelsberger Zeichens für „r" einen sachlichen Mangel erblicken und bei der bisherigen Stellung ihrer Schule der Entscheidung des Stenographentages von Eisenach, der erst im August stattfinden wird, nicht vorgreifen wollen. Demgegenüber vertrat der von der badischen Regierung gesandte Sachverständige der Schule Stolze-Schrey den Standpunkt, daß die Leistungsfähigkeit des Entwurfes auf voller Höhe stände und seine Einfachheit sich der des Stolzeschen Systems so stark nähere, daß sich die Wiederaufnahme des Systemkampfes aus kulturellen und wirtschaftlichen Gründen nicht rechtfertigen lasse. Zwei Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der preußischen und der Schweizer Regierung, waren nicht anwesend.

Der Entwurf soll nunmehr der Öffentlichkeit übergeben und dann den beteiligten Reichsressorts und Landesregierungen zur Entscheidung zugeleitet werden.

Dollar heute 471 (gestern 481)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220719-19/fragment/page=0001

Außenpolitische Übersicht.

Die Haager Konferenz schleppt sich noch weiter fort.

Haag, 18. Juli. Das Korrespondenzbüro meldet: Heute nachmittag fand eine Vollsitzung der nichtrussischen Kommission statt, um über den Brief Litwinoffs zu beraten. Es wurde beschlossen, daß morgen eine Plenarsitzung der nichtrussischen Kommission zusammen mit der russischen Kommission stattfinden soll. In dem Schreiben, mit dem man Litwinoff diese Beschlüsse mitteilte, wird betont, daß diese Zusammenkunft sich nur mit neuen Vorschlägen seitens der Russen beschäftigen könne. Die Plenarsitzung findet morgen mittag 12 Uhr statt.

Verschärfung des amerikanischen Eisenbahnerstreiks.

Paris, 18. Juli. (WTB.) Nach einer Havasmeldung aus Washington haben 25 000 Eisenbahnarbeiter ohne Ermächtigung ihrer Organisation die Arbeit eingestellt. Die Unruhen dauern an.

Neue Regierungskrise in Italien.

Rom, 19. Juli. (Priv.-Telegr.) Für die italienische Regierung ist eine neue Krise akut geworden, für die man die Rettung nur in den Kammerferien erblickt. De Facta ist entschlossen, den Kampf aufzunehmen.

Feldmarschall Wilsons Mörder verurteilt.

London, 19. Juli. (WTB.) Die beiden Irländer Dunn und O'Sullivan wurden gestern wegen der Ermordung des Feldmarschalls Wilson zum Tode verurteilt.

Nansens Hilfswerk für die notleidenden russischen Gelehrten.

Genf, 18. Juli. (WTB.) Dr. Nansen hat mit den Sowjetbehörden eine Vereinbarung zur Unterstützung der notleidenden russischen Professoren und Lehrer getroffen, die vor allem die regelmäßige Versorgung der hungernden Gelehrten mit Lebensmittelpaketen, die in Riga zusammengestellt werden, bezweckt. Es wurde eine Liste der besonderen Bedürfnisse aufgestellt, die zunächst die Versorgung von etwa 2000 Professoren und Lehrern vorsieht. Das Genfer Komitee weist in einem Appell auf die dringende Notwendigkeit hin, außerdem auch Bücher, wissenschaftliche Instrumente usw. für die Gelehrten zu sammeln, da hieran die Not besonders groß ist. Viele berühmte Gelehrte haben ihren Besitz, darunter auch ihre Kleider und Bücher verkaufen müssen und hausen jetzt mit ihrer Familie in einem einzigen Zimmer.

Die chinesischen Wirren.

London, 19. Juli. (T. U.) Eine Depesche aus Peking berichtet, daß 300 reaktionäre Politiker das kaiserliche Palais in Peking gestürmt haben und in den Saal eindrangen, in dem das chinesische Kabinett tagte. Der Ministerpräsident wurde mit dem Tode bedroht und einer der Minister, der Widerstand leistete, verwundet. Es scheint, daß das Attentat begangen wurde, weil die neue Regierung bei Amtsübernahme alle Beamten der früheren Regierung verabschiedet hat.

Deutschland.

Annahme des Gesetzes zur Linderung der Not der Presse.

Berlin, 19. Juli. (Priv.-Telegr.) Das Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse wurde heute vom Reichsgesetz in dritter Lesung angenommen. Das Gesetz läuft bis zum 31. März 1924. In Regierungskreisen ist man von der Gestalt, die das Gesetz zur Linderung der Pressenot in den Reichstagsberatungen angenommen hat, nur wenig entzückt. Man ist mit dem Reichswirtschaftsminister durchaus der Überzeugung, daß das finanzielle Erträgnis aus dem Gesetz keineswegs den gehegten Erwartungen entsprechen werde. Man bedauert um so mehr, daß der Reichsrat den Anregungen des Vereins deutscher Zeitungsverleger, die Abgabe aus der Ausfuhr auf ¾ Prozent zu erhöhen, so wenig Gehör geschenkt hat, weil nachgewiesenermaßen die bisherige Belastung der deutschen Papierausfuhr mit dem dreifachen solcher Abgabe durchaus erträglich gewesen ist. Nach Ansicht der Regierungskreise wie der maßgebenden Vertreter des Zeitungsgewerbes kann eine wirksame und rasche Linderung der Pressenot von dem Gesetz kaum erwartet werden. Hinzu kommt, daß gewisse Bestimmungen des Gesetzes auch begründete Befürchtungen hinsichtlich einer gerechten Verteilung des materiellen Ergebnisses des Gesetzes nahelegen. Ergänzungsanträge der Zeitungsverlegerorganisationen zu dem Gesetz sind daher mit Sicherheit zu erwarten.

Der Zusammenbruch der Presse.

Berlin, 18. Juli. (Priv.-Telegr.) Auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wurde mitgeteilt, daß bisher 1200 Zeitungen ihr Erscheinen eingestellt haben. 95 Tageszeitungen und Zeitschriften sind nach neuesten Ausweisungen in der letzten Zeit weiter eingegangen. Die von der Regierung zugesagte „Hilfsaktion" für die Presse befindet sich seit längerer Zeit im „Stadium der Erörterungen". Inzwischen nimmt das große Zeitungssterben seinen verhängnisvollen Lauf. Wird die Reichsregierung, werden die Regierungen der Länder diese Zeichen verstehen, werden sie die Tatsachen würdigen, daß Ententekapital nach deutschen Zeitungen greift, um Einfluß auf die deutsche öffentliche Meinung zu gewinnen?

*

Die Gründe für den Abschluß der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 18. Juli. (WTB.) Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, die SPD. und die USPD. veröffentlichen einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem sie eine Darstellung der Vorgänge geben, die zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen geführt haben, und ihre Haltung zur Frage der Reichstagsauflösung rechtfertigen. Die Auflösung hate zu einer Verschärfung der außenpolitischen Krise geführt, zu einer Erschwerung der dringlichsten Lösungen der Reparationsfragen. Sie hätte die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verschärft, den Sturz der Mark beschleunigt, die Preissteigerung gefördert und so die Arbeiterschaft besonders geschädigt. Deshalb hatten sie dies Mittel nicht angewendet. Der Aufruf schließt: Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen, er dauert fort. Das Werk der Einigung hat begonnen, es muß vollendet werden.

Ein Oberlandesgericht in Beuthen?

Berlin, 19. Juli. (Priv.-Telegr.) Wie berichtet wird, begibt sich der preußische Justizminister Zehnhoff in den nächsten Tagen nach Beuthen, um der Errichtung eines oberschlesischen Oberlandesgerichts, das seinen Sitz voraussichtlich in Beuthen haben wird, näher zu treten.

Der Kriegsschuld-Untersuchungsausschuß.

Berlin, 19. Juli. (Priv.-Telegr.) Der Unterausschuß des Untersuchungsausschusses zur Frage der Kriegsschuld, der unter dem Vorsitz des Abg. Breitscheid die Frage der päpstlichen Friedensaktion behandelt, setzte heute vormittag seine Beratung fort. Er bemüht sich zurzeit, die einzelnen Punkte dieser päpstlichen Friedensaktion zu formulieren.

Studienreise des deutschen Verkehrsministers in die Schweiz.

Zürich, 19. Juli. (Priv.-Telegr.) Aus Bern verlautet, daß am 18. August der deutsche Reichsverkehrsminister Groener dort eintreffen wird, um die Lötschbergbahn, den Gornergrat und die Furka zu besuchen. Nach einer Besichtigungsfahrt auf der Rhätischen Bahn geht die Reise über den Bernhardin ins Tessin, von wo aus mit der Gotthardbahn die Rückreise angetreten wird. Der Besuch hat offenbar den Zweck, die Elektrisierungsarbeiten, die zurzeit auf den schweizerischen Bahnen ausgeführt werden, und worüber wir verschiedentlich berichtet haben, näher kennen zu lernen. Derselben Absicht gilt auch ein im Oktober stattfindender Besuch einer Gruppe von 300 Mitgliedern der italienischen elektrotechnischen Vereinigung. — Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die Elektrisierung der Strecke Luzern—Zug voraussichtlich schon im Verlaufe des Herbstes, diejenige der Strecke Zug—Zürich bis Ende des laufenden Jahres vollendet sein wird. — Die europäische Fahrplankonferenz wird vom 7. bis 10. November in Luzern tagen.

Hoffnungen der Rheinländer.

Düsseldorf, 19. Juli. (WTB.) Die Tagung des rheinischen Provinziallandtages wurde vom Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Jarres, mit einer Ansprache geschlossen, in der er die einmütige Auffassung aller Parteien des Hauses betonte, daß die Rheinlande von der wachsenden Einsicht der Völker eine baldige Änderung des Versailler Vertrages erwarten, und insbesondere zuversichtlich hoffen, daß unrechte „Sanktionen", wie sie entgegen dem Friedensvertrag in der Besetzung der rheinischen Städte Düsseldorf und Duisburg bestehen, baldigst aufgehoben werden. Ferner hofften die Rheinlande, daß es den Reichs- und Staatsregierungen gelingen werde, die Forderung des Botschafterrates nicht zur Ausführung kommen zu lassen, wonach die Bahnanlagen zerstört und die Bahnpläne unterdrückt werden sollen, die für das rheinische Wirtschaftsleben dringend notwendig sind.

Der Fall Leoprechting im italienischen Licht.

Rom, 19. Juli. (Priv.-Telegr.) Il Paese bringt in seiner Nr. 165 von heute einen langen Bericht über den Münchener Prozeß gegen den Hochverräter Leoprechting und schließt den Artikel wie folgt:

Der Eindruck der Öffentlichkeit ist ungeheuer von diesem dokumentarischen und gerichtsmäßigen Beweis des verdammenswerten Werkes, das Frankreich in Deutschland zum Zwecke der Zersetzung und des vollständigen Ruins dieses so unglücklichen Landes betreibt: ein Werk, das die jüngsten politischen Morde beträchtlich ermutigte und zur gegenwärtigen entsetzlichen Lage Deutschlands beitrug, das in die Tiefe des Abgrundes zu stürzen droht, in den auch seine Peiniger unabwendbar werden hineingerissen werden.

Die Not der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften.

Die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften haben Verbindlichkeiten in Höhe von 80 Millionen Goldfranken in der Schweiz und von vielen Goldgulden in Holland und Goldkronen in Dänemark während des Krieges eingegangen. Jetzt werden daraus täglich Versicherungen fällig. Bei dem Tiefstand der Mark sind die Versicherunggesellschaften völlig außerstande, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen. Das Reich ist ihnen schon einmal zu Hilfe gekommen, indem es unter gewissen Bedingungen Sicherheitsleistung übernahm. Jetzt, da wieder der Zeitpunkt gekommen ist, da ein großer Teil der Versicherungsgesellschaften nicht mehr zahlen kann, hat man mit der Schweiz verhandelt, daß sie die schweizerischen Versicherungsnehmer zum Teil auf eigene Kosten und zu 25 Prozent vorschußweise auf Kosten der deutschen Gesellschaften befriedige, wobei das Reich Bürgschaft übernimmt. Daraus würde für das Reich eine Verpflichtung von 66,46 Millionen Goldfranken entstehen, die vom Jahre 1930 ab eine sehr erhebliche Belastung darstellen würde. Die Schweiz stellt dazu noch die Bedingung, daß sämtliche deutsche Lebensversicherungsgesellschaften einen Zuschlag von 9 Prozent einführen, die zur Sicherung der Reichsbürgschaft abzugeben wären; außerdem verlangt sie noch eine Bürgschaft der deutschen Großbanken in Höhe von 10 Millionen Goldfranken. Im Ausschuß des Reichstags sind diese Bedingungen auf Widerspruch gestoßen. Die Gefahr, daß ein Zusammenbruch der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften entsteht, ist aber sehr groß, und die Folgen, die daraus insbesondere dem deutschen Mittelstand erwachsen könnten, der in weitem Umfange an diesen Versicherungsabschlüssen beteiligt ist, liegen auf der Hand. Es wird infolgedessen schnell gehandelt werden müssen.

Kein Formalismus!

Überschreitung des Achtstundentages.

Ein freisprechendes Urteil des Landgerichts Bremen vom 19. Oktober 1921 wegen Überschreitung des Achtstundentages ist vom Reichsgericht bestätigt worden. Ein Bankdirektor war angeklagt gewesen, ohne die Einholung der Genehmigung des Demobilmachungskommissars seine Angestellten während mehrerer Monate länger als acht Stunden täglich beschäftigt zu haben. Das Gericht verneinte die strafbare Überschreitung des Achtstundentages, indem es ausführte, daß es sich um Arbeiten gehandelt habe, die im öffentlichen Interesse lagen und unverzüglich vorgenommen werden mußten. Die Banken seien unbedingt nötig zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, sie hätten eine Unsumme Arbeiten öffentlicher Natur zugewiesen erhalten. Für die Finanzämter z. B. sei von den Banken jetzt eine erhebliche Mehrarbeit zu leisten. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft in Bremen ist vom Reichsgericht als unbegründet verworfen worden.

Provinz und Nachbarländer.

Die Julilöhne für das Personal der Landesheil- und Pflegeanstalten

in der Provinz Sachsen und im Freistaate Anhalt, für das Personal der Provinzial-Blindenanstalt Halle und für das Personal der Magdeburger Krankenhäuser.

Am 14. Juli wurden zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverbande der Kreise und Gemeinden e. V., Magdeburg und dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Magdeburg, die Julilöhne für das Personal der Landesheil- und Pflegeanstalten in der Provinz Sachsen und im Freistaate Anhalt, sowie für das Personal der Provinzial-Blindenanstalt in Halle abgeschlossen. Die ab 1. Juli gültigen Löhne sehen eine Aufbesserung der Junilöhne um 25—30 Prozent für das männliche Personal, um 20—25 Prozent für das weibliche Personal vor. Anschließend hieran wurden am 15 Juli die Julilöhne für das Personal der städtischen Krankenhäuser der Stadt Magdeburg festgesetzt. Durch die ab 1. Juli festgesetzten Löhne wurde dem männlichen Personal der Magdeburger Krankenhäuser eine Lohnaufbesserung von 20—30 Prozent, für das weibliche Personal von 15—25 Prozent auf die Junilöhne zugebilligt. Als höchster Lohn beläuft sich ab 1. Juli das Monatseinkommen eines verheirateten Oberpflegers ohne Kinder auf 4390 ℳ. Der niedrigste Lohn, der Lohn eines Hausmädchens mit freier Station, wurde auf monatlich 700 ℳ festgesetzt.

Merseburg und Umgegend.

19. Juli.

Am Rübenacker.

Die Kohlrübe (Brassica Napus rapifera sagt der Lateiner) hat auch den Laien gelehrt, daß sie nicht nur als Viehfutter, sondern auch auf dem Speisezettel des bürgerlichen Haushaltes gewürdigt sein will. Der Norddeutsche lobt sich seine Steckrüben ja schon seit Jahrhunderten; natürlich muß in solch einem Steckrübengericht auch „was drin sein", Rippenspeck oder so etwas, dann läßt er der Kohlrüben wegen ruhig die schönsten Kartoffelklöße stehen.

Nichts als Blätter zeigt der Rübenacker. Aber unter jedem Blätterbusch schaut ein Stückchen der Rübe fürwitzig aus der Erde heraus. Liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Erhaltung der Art hier ähnlich wie bei der Kartoffel? Hat die Rübenpflanze vollständig Verzicht geleistet auf das doch nutzlose Blühen? Die Fragen heischen Antwort.

Ganz ohne Blumen ist solch ein Rübenacker doch nicht. Hier und da sehen wir aus einem Blätterschopf einen sich verzweigenden Stengel hochschieben, wohl bis einen Meter hoch, und daran zahlreiche kleine, unscheinbare, gelbe Blüten sitzen. Also verzichtet die Rübe doch nicht auf das Blühen. Wie sollte sie auch wohl. Einfache Überlegung zwingt uns diesen Gedanken schon auf. An jeder Rübenpflanze sitzt nur eine Knolle, während die Kartoffelpflanze deren eine ganze Menge hat. Das Rübengeschlecht wäre schon längst ausgestorben, wollte es die Erhaltung der Art lediglich der Knolle oder Rüber überlassen. Diese Knolle als solche kann nie zur Vermehrung der Individuen beitragen. Sie ist nur eine vorübergehende Erscheinung, während die Kartoffelknolle in Wirklichkeit in den immer neu entstehenden Knollen fortlebt. Die Rübenknolle ist eine Wurzelknolle. Das will heißen, sie ist lediglich ein verdicktes Wurzelgebilde; darum sehen wir an jeder Rübe auch stets echte Wurzeln, die wir an einer Kartoffelknolle nie finden.

Die Rübenpflanzen blühen auch, entgegen der eben gemachten Beobachtung, sehr stark, nur bekommen wir diese blühenden Rüben seltener zu Gesicht. Das Leben der Kartoffelpflanze ist in einem Sommer abgeschlossen. Die Rübenpflanze lebt zwei Jahre. Vermehrt wird sie, wie jeder Kleingärtner weiß, durch Aussaat. Der Sämling treibt Blätter, und diese erzeugen die Nährstoffe für die Rübe, in der eine Menge überschießende Nahrung aufgespeichert wird. Gemeinhin erscheinen im ersten Jahre keine Blumen. Das Kraut stirbt zum Winter ab. Über Winter ruht die Knolle. Im nächsten Frühjahr bricht aus ihr, nachdem zunächst wieder einige Grundblätter gebildet sind, ein beblätterter, reich verzweigter Stengel empor, der Blüten und reifen Samen trägt. Nun erst ist der Kreislauf der Rübenpflanze geschlossen; das Leben des Einzelwesens ist vollendet. Die Rübenknolle ist von dem Blüten- und Samenstengel aufgezehrt; es bleibt nicht viel von ihr übrig.

*

** **Die Lebenshaltungskosten im Juni.** Die nach den Erhebungen des statistischen Reichsamtes über den Aufwand für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnete Inderziffer für Lebenshaltungskosten ist in dem Durchschnitt des Juni auf 3779 gestiegen, gegen 3462 im Mai. Die Steigerung beträgt demnach 9,2 Prozent gegen 9 Prozent vom April zum Mai. Die Ernährungskosten haben sich ungefähr in dem gleichen Maße erhöht, wie die Gesamtausgaben (um 9,4 Prozent). Die Reichsinderziffer für Ernährungskosten hielt sich im Durchschnitt des Juni auf 51,19. Die Steigerung der Lebensmittel ist hauptsächlich durch wesentliche Preiserhöhungen für Nahrungsmittel, Fleisch Fette, Zucker, Eier und Milch verursacht. Auch Brennstoffe, Gas und Elektrizität sind überall erhöht worden. Andererseits haben sich die in den Vormonaten besonders stark im Preise gestiegenen Kartoffeln (alter Ernte) in der Berichtszeit überall wesentlich verbilligt. Die erheblichen Preiserhöhungen infolge der neuerlichen Valutaverschlechterung komemn in der Inderziffer für Juni noch nicht zum Ausdruck. In den mittleren und kleinen Städten zeigte sich diesmal meist ein größeres Fortschreiten der Teuerung, als in den Großstädten.

** **Bei Postkarten und Drucksachen in Kartenform,** deren Vorderseite nicht für Mitteilungen, sondern nur für die Anschrift verwendet wird, soll es künftig im Inlandsverkehr künftig nicht mehr beanstandet werden, wenn die am Kopf der Vorderseite stehende Absenderangabe auf die rechte Hälfte der Vorderseite übergreift. Es macht dabei keinen

Musikantenhumor.

Der Verlag J. Engelhorn Nachfl., Stuttgart, bringt soeben eine stattliche Reihe „Musikalischer Volksbücher" heraus, auf die wir noch näher eingehen werden. Unter diesen Bändchen befindet sich auch eines mit Musikeranekdoten, die von Hans Hollerop gesammelt sind. Wir geben daraus einige besonders amüsante wieder.

An einem süddeutschen Hoftheater gab man einmal eine ältere Oper, die nur selten, wenn es der Regent wünschte, gegeben wurde. Im dritten Akt kommt ein ausgedehntes Flöten- und Harfensolo vor. Als der Kapellmeister in seiner Partitur, die seit dem Tode des früheren Dirigenten nicht mehr aufgeschlagen worden war, zu jener Stelle kam, fand er einige Takte vor dem Schluß des Solos die Randbemerkung: „Hier müssen die Violinen geweckt werden!"

*

Der Cellovirtuose Heinrich Grünfeld hatte einen ganz besonders talentlosen Schüler, den er absolut nicht loswerden konnte. Er war sehr fleißig und reich. Aber eines Tages verlor Grünfeld die Geduld und sagte zum Schüler: „Stunden haben bei Ihnen gar keinen Zweck, Sie müßten Monate nehmen, und dazu habe ich leider gar keine Zeit."

*

Als der Wiener Professor Robert Fuchs einmal Hellmesberger sein neuestes Werk zeigte, erklärte dieser nach kurzer Durchsicht: „Fuchs, die hast du ganz gestohlen."

*

Hellmesberger saß in einem Café, in dem auch Koschat verkehrte. Eines Tages fiel Hellmesbergers Freunden das betrübte Aussehen Koschats auf, und sie fragten Hellmesberger: „Was kann dem Koschat nur fehlen?" Hellmesberger antwortete: „Ja, ihm ist Schweres passiert: Er hat ein Lied in C-Dur komponiert, dabei ist er versehentlich nach G-Dur geraten und kann nicht mehr zurück."

*

Hanslick ging jahrelang zur Erholung nach Karlsbad. Als er wieder einmal von seiner Badereise nach Wien zurückkehrte und sich anscheinend recht wohl fühlte, schüttelreimte Hellmesberger: „Hanslick ist lebenerleidend nach Karlsbad gegangen und leider lebend wieder zurückgekommen."

*

Über Brahms, mit dessen schwerer und ernster Art zu komponieren Hellmesberger sich nicht befreunden konnte, meinte er: „Wenn Brahms einmal recht gut aufgelegt ist, dann komponiert er: Das Grab ist meine Freude."

Der Sohn eines Wiener Kritikers hatte eine Sonate komponiert. Als man Rosenthal nach deren Wert fragte, erwiderte er: „Das Stück ist nicht dankbar, um so mehr aber der Vater."

*

Felix Weingartner ersuchte in einer Probe zu einer seiner Opern einen Klarinettisten wiederholt, bei einer gewissen Stelle nicht immer zu schlafen. Der Musiker aber antwortete ihm: „Im „Tristan" nehmen wir diese Stelle aber immer so, Herr Hofkapellmeister."

*

Ein Kapellmeister rügte während der Probe einen zu spät kommenden Posaunisten und drohte, ihn der Intendanz anzuzeigen. Der Posaunist ließ sich nicht aus der Fassung bringen und erwiderte: „Herr Kapellmeister, wenn Sie mich der Intendanz anzeigen, spiele ich heute abend so, wie Sie dirigieren."

*

Nach einer verunglückten „Tannhäuser"-Aufführung in einer Provinzialstadt fiel es den Fortgehenden auf, daß die Büste Richard Wagners im Foyer von ihrem Postamente verschwunden war. Dafür fand man ein Zettelchen mit der maliziösen Meldung: „Von der Aufführung meines „Tannhäuser" bin ich noch ganz weg! — Ergebenst Richard Wagner."

*

In B. saßen Musikfreunde beim Bier und waren voll des Lobes über das unvergleichliche Violinspiel des unübertrefflichen Joachim, welcher am Abend zuvor in der Stadt aufgetreten war. Endlich wurde es dem anwesenden Stabstrompeter des dort garnisonierenden Dragonerregiments zu viel, und er machte sich Luft mit den Worten: „Nu ja, spielt gut, aber setzen Sie'n uffs Pferd, dann kann er nischt."

Der Amerikaner.

Von Peter Scheer.

Mister Chapman aus Chicago sieht sich Frankfurt an. Ein alter Frankfurter Bürger ist unermüdlich, ihm alle Sehenswürdigkeiten zu zeigen — sogar das Städel, das er bei dieser Gelegenheit selber kennen und schätzen lernt.

Im Restaurant bemängelt Mister Chapman allerdings, daß alkoholische Getränke öffentlich genossen werden dürfen; dafür erkennt er aber die sittliche Wirkungsfähigkeit des Trinkgeldverbots an, und von der überaus höflichen und gebührenfreien Paßrevision auf der Polizei ist er geradezu entzückt.

Mr. Chapman ist mit dem Organisationstalent der Deutschen im allgemeinen zufrieden — aber ein eigentlicher Höhepunkt fehlt noch.

Da geleitet der eifrige Führer den Gast eines Tages das herrliche Mainufer hinauf, und sie kommen unter lebhaften Gesprächen bis nahe an den Eisernen Steg.

„Das hier," sagt der Frankfurter mit Lokalstolz, „das hier ist nun die berühmte Brücke, von der sich fast alle Selbstmörder unserer Stadt in den Main stürzen."

Das Wort ist kaum gesprochen, als sich eine dunkle Gestalt, die seitwärts gekauert haben mochte, mit einem Anlauf auf das Geländer schwingt und im nächsten Augenblick auch schon verschwunden ist.

„Mein Gott!" schreit der Frankfurter erschrocken.

Auch Mr. Chapman stutzt einen Augenblick. Dann verschönt ein anerkennendes Lächeln seine harten indianischen Züge. Er nimmt die Pfeife aus dem Mund und spricht:

„Aoooh — eine sehr gute Organisation!"

*

Das Merseburger Bier.

Von Dr. G. Grempler.

Als erste Universität bezog bekanntlich der junge Goethe 1765 unsere Nachbarstadt Leipzig. Nach dreijährigem Aufenthalt zwang ihn eine plötzliche, heftige Erkrankung, sein Studium vorzeitig abzubrechen und das „klein Paris" an der Pleiße zu verlassen. Unter den Ursachen, die zu dieser gefährlichen Katastrophe in seinem Leben führten, zählt Goethe im 8. Buche von Dichtung und Wahrheit u. a. auch das Merseburger Bier auf. Er schreibt da wörtlich: „Das schwere Merseburger Bier verdüsterte mein Gehirn". Doch nicht immer — dem Biertrinker zum Troste sei das festgestellt — hat der große Dichter so schlecht von dem Erzeugnis der Merseburger Braukunst gedacht, nicht immer so schwere Vorwürfe gegen seine Wirkung erhoben. In seiner Jugend dachte er wesentlich anders darüber. In Straßburg (1770/71) erinnert sich der junge Student noch gern des Merseburger Bieres, dem er offenbar in Leipzig oft zugesprochen hatte. Und ein charakteristischer, wahrscheinlich bitterer Geschmack muß diesem edlen Stoff, namentlich beim ersten Kosten, eigentümlich gewesen sein. Wenigstens läßt sich dies aus einer den Merseburger Lokalpatrioten gewiß interessierenden Äußerung Goethes schließen. Am 26. August 1770 schreibt er aus Straßburg an seine mütterliche Freundin Fräulein Susanna Katharina von Klettenberg — bekannt aus den „Bekenntnissen einer schönen Seele" in Wilhelm Meisters Lehrjahren — über sein juristisches Studium folgendes: „Die Jurisprudenz fangt an mir sehr zu gefallen. So ists doch mit allem wie mit dem Merseburger Biere, das erstemal schauert man, und hat mans eine Woche getrunken, so kann mans nicht mehr laßen." (Weimarer Ausgabe. IV. Abt., 1. Bd. S. 247.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220719-19/fragment/page=0002

Unterschied, ob auf der Karte ein Teilungsstrich angebracht ist oder nicht. Ferner soll, um den Aufbrauch von Vorräten, die den Bestimmungen nicht entsprechen, zu ermöglichen, bis auf weiteres auch bei Postkarten und Drucksachen in Kartenform mit geteilter Aufschriftseite, deren linke Hälfte für Mitteilungen verwendet ist, über das Übergreifen der Absenderangaben auf die rechte Hälfte der Vorderseite hinweggesehen werden. Es ist jedoch davor zu warnen, beim Neudruck von Karten mit geteilter Vorderseite die Absenderangabe mit auf die rechte Hälfte setzen zu lassen, weil so beschaffene Karten keinen genügenden Raum zur Anbringung der Stempelabdrücke und der postdienlichen Vermerke bieten, wann die Karten nach oder zurückgesandt werden müssen. Diese Erleichterungen gelten nicht für den Verkehr mit dem Auslande, weil die Bestimmungen des Weltpostvertrags entgegenstehen.

** **Elektrizität und Pflanzenwachstum.** Die Elektrizität hat man neuerdings, allerdings erst experimentell, zur Förderung des Pflanzenwachstums verwendet. Nach den bisherigen Ergebnissen ausgedehnter Studien ist die Elektrizität ein wahres Lebenselement. Wo sie ist, da ist auch Gedeihen. So hat man in Amerika größere Feldstücke im Erdboden mit Leitungsdrähten versehen, und teilweise ständig, teilweise mit Unterbrechungen einen schwachen Strom hindurchgeleitet, der nach den Wurzeln von allerlei Blumen und Feldfrüchten hinfloß. Die dadurch erzielten Erfolge sind ebenso interessant wie merkwürdig. Tomaten z. B. wuchsen in der ihnen eigenen Größe, wurden aber unglaublich schnell reif, Mohrrüben dagegen erlangten eine Länge von 30 und eine Stärke von 20 Zentimeter. Rettiche wuchsen bis eine halben Meter lang bei 20 Zentimeter Dicke, Kartoffeln wurden weit über faustgroß. Blumenpflanzen erreichten durchweg eine abnorme Größe und einen weit intensiveren Duft als sonst. Und bei alledem war nichts von einer Treibhauskrankheit zu bemerken, alle Pflanzen waren gesund und kräftig.

** **Personalnachrichten vom Landeskulturamt.** Versetzt sind Regierungs-Assessor Junker in Halle a. S. nach Coburg, Regierungs-Landmesser Saling und Vermessungssekretär Fricke in Coburg nach Eisenach, die Kultursupernumerare Ballhause in Eisenach nach Merseburg, Schulz in Torgau nach Halle a. S. und Barth in Halle a. S. nach Torgau. Regierungslandmesser Reinhardt in Magdeburg zum Regierungs-Oberlandmesser und Kanzleidiätar Leihe in Merseburg zum Kanzleiassistenten ernannt. Kulturobersekretär Höfer in Merseburg als Hilfsarbeiter im Bürodienst zum Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten einberufen. Ansiedlungskommissions-Vermessungssekretär i. R. Neumann in Halle a. S. als Vermessungssekretär in die landwirtschaftliche Verwaltung übernommen und zur Siedlungsgesellschaft „Sachsenland“ beurlaubt. Kulturamtszeichner Sauer in Merseburg freiwillig ausgeschieden.

** **Der heftige Sturm,** der gestern wütete, hat am Obstanhang größeren Schaden angerichtet. An manchen Stellen lag das abgeschlagene Obst haufenweise am Boden. Wie uns mitgeteilt wird, haben besonders die Äpfel- und Pflaumenbäume gelitten. Nachdem jetzt genügend Feuchtigkeit in den Boden gedrungen ist, ist die Sehnsucht nach warmem Sommerwetter allgemein. In der Weißenfelser Straße wurde gestern gegenüber dem Nulandtsplatze eine Linde umgebrochen, auch in den Bäumen an der Halleschen Straße — gegenüber der Waschanstalt von Zielke — richtete der Sturm Schaden an.

** **Der Wochenmarkt** hatte heute arg unter dem starken Regen zu leiden. Mancher Stand war leer geblieben, und viele Händler zogen schon sehr frühzeitig wieder nach Haus. Eilig schritten die wenigen Käuferinnen durch Schirme geschützt über den Platz. Die Preise waren teilweise etwas höher, als an den letzten Tagen. Die ersten Äpfel waren vorhanden. Es war Fallobst, das der starke Sturm von den Bäumen geschüttelt hatte. Dem Fallobst fehlt natürlich die nötige Reife und die Hausfrauen werden noch sehr viel Zucker zur Zubereitung von Gelee und Marmelade brauchen.

** **Druckfehlerteufelei.** Einen netten Scherz hat sich vorgestern der Druckfehlerteufel in dem Aufsatz über das Jugendfest in Rössen geleistet. Es wird vielleicht manchen gewundert haben, daß die singende Jugend mit Pauken- und Geigenspiel zum Sportplatz zog, da man bisher der Meinung war, daß diese beiden Instrumente wenig zusammen passen. Auch daß ein Satz für Flöte und Pauke und ein Solo mit Paukenbegleitung gerade in der Kirche sehr gefühlvoll klingen wird, der Gedanke ist so „druckfehlerteuflisch“, daß wir ihn kaum fassen können. An Stelle von „Pauke“ muß man natürlich „Klampfe“ setzen und erst dann wird der liebe Merseburger verstehen können, daß die Darbietungen als „positiv gefühlsbetont“ bezeichnet wurden. Mit dem Gesang: „Kein schöner Tand zu dieser Zeit“ wurde der Jugendtag geschlossen. Ich kenne das Lied nicht und sämtliche „Mitwürgende“ versicherten mir entrüstet, deutlich: „Kein schöner Land in dieser Zeit“ gesungen zu haben.

*

Wechsel im Merseburger Regierungspräsidium.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß aus Berlin erfahren, ist Regierungspräsident von Gersdorff zur Disposition gestellt worden. Zu seinem Nachfolger ist der Landrat Bergemann in Calbe a. S. ernannt worden.

Der Wechsel im Merseburger Regierungspräsidium kommt für uns vollständig überraschend. War doch Regierungspräsident von Gersdorff einer von denjenigen Präsidenten der alten Regierung, die sich nach dem Regierungswechsel im November 1918 mit den neuen Verhältnissen abfanden und sich dann auf den Boden der neuen Verfassung stellten.

Die Merseburger Bürgerschaft wird das Scheiden des Regierungspräsidenten von Gersdorff von seinem Amte mit aufrichtigem Bedauern aufnehmen. Selten hat ein Regierungspräsident in so enger Verbindung mit der Bürgerschaft gestanden, wie er. Sein vornehmes Wesen gegen jedermann, gleichviel welchen Standes, machte ihn besonders sympathisch in allen Kreisen der Bevölkerung. Gegen seine Beamten war von Gersdorff stets ein wohlwollender Vorgesetzter und in der Erfüllung seiner Dienst- und Amtspflichten ein leuchtendes Vorbild. Politisch rechnete sich von Gersdorff zur Deutschnationalen Partei, was ihn aber nicht abhielt, auch gegen Führer und Angehörige anderer Parteien mit voller Achtung und Anerkennung der Gesinnung und Anschauung Andersdenkender zu handeln und zu verkehren. Besondere Anerkennung verdient der Verkehr des bisherigen Regierungspräsidenten mit der Presse. Hier nahm er eine seltene und rühmliche Ausnahmestellung gegen seine Vorgänger und gleichgestellte Beamten ein. Die Bedeutung und hohe Verantwortung der Presse in unserem öffentlichen Leben wußte er stets — auch vor dem Weltkriege — richtig einzuschätzen und trug nach besten Kräften dazu bei, die Arbeiten der Presse und ihre Aufgaben nach Möglichkeit zu erleichtern und ihr die Beachtung im öffentlichen Leben zu geben, die ihr gebührte.

Frau Regierungspräsident von Gersdorff hat sich bleibende Verdienste im Vaterländischen Frauenverein Merseburg-Stadt erworben. Ihr gebührt für ihre oft mühselige Arbeit im Interesse der Merseburger Fürsorgeeinrichtungen herzlicher Dank!

Beste Wünsche begleiten den Regierungspräsidenten von Gersdorff und seine Frau bei ihrem Scheiden aus Merseburg!

Dem Amtsnachfolger, Landrat Bergemann in Calbe, geht der Ruf eines sehr tüchtigen Verwaltungsbeamten voraus. Er gehört der mehrheitssozialistischen Partei an und ist hier sehr gut bekannt als Mitglied des Provinziallandtages und Provinzialausschusses, wo er als Sprecher seiner Partei an die Öffentlichkeit getreten ist. Seine Reden waren stets sachlich und zugleich packend und überzeugend und verieten sofort nicht nur den parlamentarisch geschulten Redner, sondern auch den Mann der reichen Erfahrung und praktischen Kenntnisse, der die Volksnöte der Nachkriegszeit richtig und treffend beurteilte.

Möge seine neue Tätigkeit als Präsident der hiesigen Regierung dem Merseburger Bezirke zum Segen gereichen!

Wie wir außerdem erfahren, wird an Stelle des Regierungsrates Dr. Kielhorn, der, wie wir gestern berichteten, nach Arnsberg versetzt worden ist, Regierungsrat von Medem vom Polizeipräsidium in Magdeburg treten.

*

Stiftungsfest des Reichsbundes der K. K. und K.

Der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen“ hielt am vergangenen Sonnabend im großen Saal des „Tivoli“ sein 4. Stiftungsfest ab. Der Einladung waren eine große Anzahl Mitglieder und Gäste gefolgt, so daß der Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Einige Musikstücke, die von Mitgliedern des Philharmonischen Orchesters zu Gehör gebracht worden, leiteten das Fest ein. Darauf brachte der „Arbeitersängerchor Merseburg“ ein herrliches Begrüßungslied zum Vortrag. In der folgenden Festansprache, die vom 1. Vorsitzenden, Kameraden Horn gehalten wurde, dankte dieser vor allem denjenigen, die an dem Zustandekommen des Stiftungsfestes beteiligt gewesen waren. Dem Philharmonischen Orchester, sowie dem Arbeitersängerchor, dem Theaterdirektor Dechant und dem Kameraden Herre, die sich für den unterhaltenden Teil zur Verfügung gestellt hatten, wurde besonderer Dank zuteil. Kamerad Horn ging nunmehr kurz auf das hinter uns liegende arbeitsreiche Jahr ein und kam dabei auch auf die unzureichende Rentenversorgung der Kriegsopfer zu sprechen, indem er einige krasse Beispiele klarlegte. Er richtete dann noch die Bitte an die erschienenen Gäste, für die Verbesserung der Rentenversorgung überall mit einzutreten. Den Mitgliedern aber legte er ans Herz, sich wieder mehr am Organisationsleben zu beteiligen, denn es sei noch schwerer Kampf notwendig. Kamerad Horn ging nunmehr auch auf die Einigungsbestrebungen in der Kriegsopferbewegung ein. Er vermied es aber, irgendeinen Verband anzugreifen. Er sprach vielmehr den Wunsch aus, daß es doch noch möglich sein werde, die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in einer Organisation zu vereinen, denn nur „Einigkeit macht stark“. Nach der Festrede wechselten Gesangsvorträge des Kameraden Herre, humoristische Vorträge des Herrn Dechant und Lieder des Arbeitersängerchors in angenehmer Reihenfolge ab. Sämtliche Vorträge wurden mit lebhaftem Beifall bedankt, sodaß sich alle Aufführenden zu Extraeinlagen veranlaßt sahen. Die gute Stimmung unter den Festteilnehmern legte Zeugnis davon ab, daß der Vorstand mit dem Programm das Richtige getroffen hatte. An dieser Stelle sei daher nochmals allen Mitwirkenden herzlich gedankt. Während der Unterhaltungen fand im kleinen Saal ein Preisschießen statt, zu dem von einigen Mitgliedern und Gönnern des Verbandes Preise zur Verfügung gestellt worden waren, sodaß auch dieser Teil seine Wirkung auf die Festteilnehmer nicht verfehlte. Gegen 11 Uhr begann dann mit einer Blumenpolonaise der Sommernachtsball, der die Festteilnehmer noch bis in die frühen Morgenstunden in angenehmer Stimmung beisammen hielt. Den Mitgliedern und Gästen aber wird dieser Abend noch lange in Erinnerung bleiben.

*

Neubewertung der Natural- und Sachbezüge.

Auf die im Anzeigenteil unseres Blattes abgedruckte Bekanntmachung betr. Neubewertung der Natural- und Sachbezüge für den Steuerabzug vom 1. Juli 1922 ab, wird wegen der großen Bedeutung dieser Bekanntmachung und zwecks genauer Beachtung derselben besonders hingewiesen.

Amtlich wird uns hierzu noch mitgeteilt:

Die genaueste Beachtung dieser Bestimmungen durch die Arbeitgeber liegt in deren eigensten Interesse, da sie für den etwaigen Ausfall, den das Reich durch die Nichtbeachtung dieser Vorschriften haben wird, haftbar gemacht werden können.

Folgende Beispiele mögen zur Erläuterung dienen:

Zu Gruppe I:

Ein Werkmeister erhält z. B. jährlich an Barlohn	= 84 000,— M.
Wert der freien Wohnung nach Durchschnitt der ortsüblichen Mietpreise (tatsächlich werden nur 1400 M. auf Gehalt angerechnet) 1800 M.	= 400,— M.
Kohlendeputat 50 Ztr. 41,25 M. (z. B. Großhandelsrichtpreis 55 M. abzüglich 25 %)	= 2062,50 M.
	Sa. 86 462,50 M.
hiervon 10 %	= 8 646,25 M.
davon ab: 240 M. für den Steuerpflichtigen (an Stelle von 120 M. auf dem Steuerbuch), 540 M. Werbungskosten (an Stelle von 180 M. auf dem Steuerbuch), 240 M. für seine Ehefrau (an Stelle von 120 M. auf dem Steuerbuch), 1080 M. für 3 Kinder unter 17 Jahren (an Stelle von 540 M. auf dem Steuerbuch)	= 2 100,— M.
	6 546,25 M.
Für einen Monat berechnet unter Abrechnung auf volle Mark nach unten	= 545 M. Steuer.

Zu Gruppe II:

Ein Fleischergeselle (auf dem platten Lande und in den Städten des Kreises außer Merseburg erhält z. B. Barlohn wöchentlich	= 480,— M.
Dazu	
für Beköstigung	= 105,— M.
für Wohnung	= 10,50 M.
für Heizung und Beleuchtung	= 5,— M.
	Sa. 600,50 M.
Hiervon 10 %	= 60,— M.
davon ab: 4,80 M. für den Steuerpflichtigen, 10,80 M für Werbungskosten	= 15,60 M.
	Bleiben 44,40 M.
Abgerundet auf volle Mark nach unten	44,— M. Steuer.

Zu Gruppe III:

Ein Dienstmädchen in Merseburg erhält z. B. an Barlohn monatlich	= 300,— M.
Dazu	
für Beköstigung	= 360,— M.
für Wohnung	= 45,— M.
für Heizung und Beleuchtung	= 22 M.
	Sa. 727,— M.
hiervon 10 %	= 72,70 M.
davon ab 20 M. für den Steuerpflichtigen 45 M. für Werbungskosten	= 65,— M.
	Bleiben 7,70 M.
Abgerundet auf volle Mark nach unten	7,— M. Steuer.

*

Kalte Hochsommertage — unter 15 Grad.

Im Gebirge am Ofen. — Sturm an der Küste. — Das ist der Sommercharakter.

(Von unserem meteorologischen Mitarbeiter.)

Meteorologisch stehen wir augenblicklich auf dem Höhepunkt des Jahres. Normalerweise erreichen die mittleren Tagestemperaturen im Verlauf des Jahres zwischen dem 15. und 19. Juli ihren höchsten Wert, um dann allmählich wieder mit fortschreitender Jahreszeit zu sinken. Der tatsächliche Temperaturverlauf entspricht allerdings nur selten diesem normalen jährlichen Gang. Abweichungen nach der positiven und negativen Seite treten sehr häufig auf und bestimmen dann gewöhnlich den Witterungscharakter der ganzen Jahreszeit.

Die große Beständigkeit der Witterung, welche in diesem Jahre im Frühling und Frühsommer geherrscht hat und Ende Mai schon von ungewöhnlich hohen Temperaturen von über 30 Grad begleitet war, hat seit Julibeginn aufgehört. Immer rascher vollzog sich in den letzten Wochen der Wechsel zwischen heiterem Wetter und trüben Regentagen, bis an den letzten Tagen ein ganz erheblicher Wettersturz eingesetzt hat, der unter Sturm und Regen von einer sehr empfindlichen Abkühlung begleitet ist. Die Temperaturen sind am gestrigen Tage unter 15 Gr. geblieben und haben sich somit auf einer Höhe gehalten, die für Anfang Mai und Anfang Oktober normal ist.

In den Sommerfrischen des Gebirges ist die Temperatur so tief gesunken, daß man seine Zuflucht beim warmen Ofen sucht, und an der See pfeift der Sturm über die Küste, wie ihn unsere wetterschwachen Städter nicht gerade angenehm empfinden werden. Der Einsatz der kühlen Witterung kommt nicht überraschend. Nach dem strengen letzten Winter war mit größerer Wahrscheinlichkeit ein kühler Sommer zu erwarten. Die Zusammenhänge der Witterungsverhältnisse sich folgender Jahreszeiten ergeben sich aus dem Luftaustausch unserer Erdoberfläche zwischen Äquator und Pol. In strengen Wintern ist dieser Luftaustausch unterbrochen. Die Polargebiete werden ein Kältereservoir, der Äquator sammelt Wärme. Ein Ausgleich dieser Extreme muß erfolgen und setzt gewöhnlich im folgenden Sommer ein. Auf diese Weise entstehen die in unserem Klimagebiet nicht seltenen kühlen Sommer mit ihrem unerfreulichen raschen Wechsel von kurzer Aufheiterung und nachfolgenden kühlen Regentagen. Es ist deshalb auch anzunehmen, daß die gegenwärtige Periode schlechten Wetters nicht nur eine vorübergehende Erscheinung ist, sondern das Merkmal des diesjährigen Sommers bildet und sich in den nächsten Wochen bis in den August hinein noch häufiger wiederholen wird. Damit ist nicht gesagt, daß der diesjährige Sommer überhaupt keine schönen Tage mehr bringt. Diese werden wohl zeitweise auftreten, doch erlangen sie nicht die Häufigkeit und Beständigkeit, um für den allgemeinen Sommercharakter maßgebend zu werden.

Wetterwarte.

V. W. am 20. 7. (Donnerstag): Zunächst ziemlich heiter, trocken, Nacht etwas kühl, Tag zunehmend bewölkt, etwas wärmer, Regen. — 21. 7. (Freitag): Ziemlich trüb, etwas kühl, windig, zeitweise Regen.

Im Zeichen der Großen.

Lehrgang zur Ausbildung und Fortbildung der Jugendpfleger.

Jeder Tag des Lehrgangs wurde mit einem Wort eines Dichters, Philosophen oder Pädagogen eingeleitet:

11. Juli 1922.

Wollen wir uns nicht freuen des weiten Feldes, das sich vor uns auftut! Wollen wir uns nicht freuen, daß wir Kraft in uns fühlen und daß unsere Aufgabe unendlich ist! Fichte.

12. Juli 1922.

Wie der Wind wehen und das Feuer brennen muß, so muß die junge Kraft sausen und brausen, und über diejenigen muß man am meisten den Kopf schütteln, in welchen nichts sausen und brausen will. E. M. Arndt.

13. Juli 1922.

Von Zeit zu Zeit muß man sich durch den Umgang mit guten und kräftigeren Menschen gewissermaßen neu einbinden lassen, sonst verliert man einzelne Blätter und fällt mutlos immer mehr auseinander. Nietzsche.

14. Juli 1922.

Ich kann niemand besser machen als durch den Rest des Guten, das in ihm ist, ich kann niemand klüger machen als durch den Rest der Klugheit, die in ihm ist. Kant.

Schafstädt und Umgegend.

Lokaltermin im Knapendorfer Mordprozeß.

Knapendorf, 19. Juli. Am Dienstag vergangener Woche fand hier in der Mordsache der Gebrüder Schaaf, die — wie bekannt — ihren Vater im Schlaf erschossen hatten, ein Lokaltermin durch die Staatsanwaltschaft Halle statt. Zu diesem wurden die Mörder unter starker Bedeckung gefesselt an den Tatort geführt.

Turnen — Spiel — Sport.

Außerordentliche Hauptversammlung des Vereins für Leibesübungen.

Der VfL. hielt am Sonnabend den 15. d. M. eine gut besuchte außerordentliche Hauptversammlung ab. Neu aufgenommen wurden 67 Mitglieder, während 17 infolge Wegzug und Ausschluß gestrichen wurden. 3 Neuanmeldungen wurden abgelehnt. Der Kassenbericht gab den Mitgliedern ein anschauliches Bild von dem Anwachsen der Vereinsgeschäfte. Für den mit den Turnern leider ausgeschiedenen Kassierer Mehler wurde der Kaufmann Fritz Henning, Neumarkt 65 a gewählt. Die vom Vorstand vorgeschlagene, nach Ausscheiden des größten Teils der Turner erforderlich gewordene Vereinbarung mit dem Allgemeinen Turnverein wurde genehmigt. Die Turn- und Faustballabteilung des VfL. bleibt jedoch bestehen und gehört nach wie vor der Deutschen Turnerschaft an. Die Übungsstunden für Turner und Leichtathleten finden jeden Dienstag auf dem VfL.-Platz statt. Für den ebenfalls mit den Turnern ausgeschiedenen 2. Vorsitzenden wurde der Kaufmann Paul Hoffmann gewählt. Nach Vornahme von Ergänzungswahlen zum Vergnügungs- und Wirtschaftsausschuß und Erörterung verschiedener Vereinsangelegenheiten wurde die äußerst anregende Versammlung geschlossen.

Vermischte Nachrichten.

1300 Jahre Islam.

Am 16. Juli waren gerade 1300 Jahre verflossen, seit Mohammed durch seinen Auszug aus Mekka nach Medina, der für den Islam ungefähr die nämliche Bedeutung hat wie für den Protestantismus der Anschlag der 95 Thesen Luthers, den eigentlichen Anstoß zur islamitischen Bewegung gegeben hat. Aus einem religiösen Vorgang ist diese Bewegung dann zu einem großen politischen und kulturellen Umschwung in Vorderasien geworden, der ganz Nordafrika, Indien und auch Teile Europas, wie Spanien und die Balkanhalbinsel, in Mitleidenschaft zog. Heute ist der Islam, dessen kulturelle Denkmäler auch in Europa (Alhambra in Spanien) noch in vielen Orten sichtbar sind, kulturell zurückgedrängt und politisch seit der Teilung der Türkei an Macht entscheidend verringert; aber schon die Wirkung der bolschewistischen Orientpropaganda auf den Islam und der scharfe Wettbewerb Englands und Frankreichs um die Popularität in den islamitischen Gebieten zeigen, daß die Gründung Mohammeds auch ihre politische Rolle noch lange nicht ausgespielt hat.

Die gefährliche Prinzessin.

Kürzlich starb in Madrid unter unaufgeklärten Umständen ein junger, reicher Kanadier Namens Yves Lefèvre de Bellefeuille. Da der Verdacht vorlag, daß er vergiftet worden sei, wurde seine Leiche ausgegraben und die angebliche Prinzessin Miskola, die allein bei dem Sterbenden geweilt hatte, unter dem Verdacht des Mordes festgenommen, bald aber gegen Erlegung einer Kaution wieder aus der Haft entlassen. Die Dame benutzte die wiedergewonnene Freiheit, um spurlos zu verschwinden, was natürlich dazu beitrug, den Verdacht gegen sie zu verstärken. Die „Prinzessin“ ist eine Abenteuerin polnischer Abkunft. Im Jahre 1905 hatte sie einen 80 jährigen, steinreichen polnischen Edelmann geheiratet, mit dem sie in Paris und Madrid in großem Stile lebte, umgeben von einem Kreis von Verehrern, zu dem die spanische Aristokratie, die Gelehrten- und Künstlerwelt ein erhebliches Kontingent stellten. Durch den plötzlichen Tod des polnischen Edelmannes gelangte seine Gattin in den Besitz eines erheblichen Vermögens, das sie zum größten Teil mit einem französischen Hauptmann, einem polnischen Arzt und einem spanischen Industrieritter in Monte Carlo vergeudete. Bei Beginn des Krieges wurde die angebliche Prinzessin in Paris unter dem Verdacht der Spionage verhaftet und zum Tode verurteilt, doch gelang es ihren einflußreichen Freunden, ihr zur Flucht nach Italien zu verhelfen, wo sie durch ihre Reize einen Grafen Colobra so sehr fesselte, daß dieser seine Freundin, als sie auch hier in den Verdacht der Spionage geriet, mit seinem Namen deckte. Kurz darauf starb der Graf an Gift. Seine Witwe beschuldigte die Prinzessin des Mordes, was diese veranlaßte, zu verschwinden. Sie setzte dann in Spanien ihr Abenteuerleben fort, befand sich aber dauernd in schlechter Vermögenslage, bis sie den reichen Kanadier traf, den sie ebenfalls in ihre Netze zu ziehen verstand.

Europas letztes Wildrind.

Zu den Opfern des Weltkrieges zählt auch Europas letztes Wildrind: der Wisent, der im Urwald von Bialowies endgültig seinem Schicksale erlegen ist und nach menschlichem Ermessen auch im Kaukasus aufgehört haben dürfte, zu bestehen. Im Waldgebiet von Bialowies wurde sein Bestand im Jahre 1914, vor Ausbruch des Krieges, auf gegen 730 Stück geschätzt; er sank aber dann, als im Sommer 1915 die Kriegshandlungen auch den Wald in ihren Bereich zogen, auf schätzungsweise nur noch 150—160 Stück. Leider hat der unglückliche Ausgang des Krieges alle Hoffnungen auf die Erhaltung des Tieres zunichte gemacht. Unmittelbar nach der Räumung des Waldes durch unsere Truppen fielen die russischen Bauern über das Wild her, bis dann im Jahre 1919 auch das letzte Stück unter der Kugel eines Wilderers endete.

Über den Kaukasuswisent verdanken wir eine neuere Schilderung dem ehemaligen Kustos am Kaukasischen Museum in Tiflis, E. W. Pfizenmeier, der die schon vor ihm von anderen Kennern des Tieres ausgesprochene Befürchtung, daß der Krieg auch dem kaukasischen Wisent ein Ende bereitet haben dürfte, zu der seinen macht und selbst für den Fall, daß sich hier und da in der einsamen Urwaldwildnis des Kubangebietes das eine oder andere Tier den Verfolgungen entzogen haben könnte, der Überzeugung ist, daß auch dadurch das Ende des Tieres nicht mehr abzuwenden ist.

Auch der vom Fürsten Pleß auf seinen schlesischen Besitzungen unterhaltene Bestand, der im Herbst 1918 noch 74 Stück umfaßte, hat unter den trüben Folgen der Nachkriegszeit schwer gelitten und ist dann durch den letzten Polenaufstand bis auf nur noch 4 Tiere: 1 Stier, 2 Alttiere und 1 Kalb zurückgegangen, ebenso besteht die kleine Herde des Herrn v. Behme auf Scharbow bei Hagenow in Mecklenburg, nachdem jüngst der alte Bulle 2 Stierkälber umgebracht hat, nur noch aus 4 Tieren, 1 Bullen und 3 Kühen, so daß trotz der Hoffnungen, die man noch an diese kleinen Bestände knüpft, auch hier mit der Erfüllung von des Tieres Schicksal gerechnet werden muß.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil und Feuilleton; Kurt Weinhold für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Franz Homm für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220719-19/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärt. Blättern.

Gestorben.

Auguste verw. Heiking, Schkeuditz; Oberschaffner Karl Beuthan, 42 J., Querfurt; Major a. D. Hermann v. Glasenapp, 49 J.; Emilie Mickler geb. Tinschert, 56 J., Halle; Amalie Denzau geb. Spieker, 75 J., Nietleben; Otto Kahsche, 16 Jahre, Ammendorf.

Acker-Verpachtung.

Sonnabend, d. 22. Juli 1922, nachmittags 5 Uhr, findet im Gasthause zu Fährendorf d. Verpachtung **von za. 8 Morg. Acker,** direkt am Dorfe gelegen, dem Herrn Privatier Gustav Herfurth zu Fährendorf gehörig, auf sechs hintereinanderfolgende Jahre geteilt oder im ganzen öffentlich meistbietend statt.

Bedingungen im Termin.

Albert Franke, beeid. Auktionator in Merseburg.

Eine Schlafstelle frei
Damaschkestraße 31.

Möbl. Zimmer gesucht.
Ang. u. 455 an die Exp. d. Bl.

Angestellter eines Braunkohlenwerkes sucht für sofort, spätestens zum 1. August, **ein gut möbl. Zimmer,** evtl. auch Wohn- u. Schlafzimm. Ang. u. 454 an die Exp. d. Bl.

Ausländer sucht baldmöglichst möbl. Zimmer.
Ang. u. 453 an die Exp. d. Bl.

Sehr solider anst. Kaufm.
sucht möbl. Zimmer.
Ang. u. 452 an die Exp. d. Bl.

Junges Fräulein sucht sof.
möbl. Zimmer.
Ang. u. 457 an die Exp. d. Bl.

Schlafstelle
von jüngerem Mann gesucht. Ang. u. 450 an die Exp. d. Bl.

Suche für meine 13jährige Tochter eine strenge aber **gute Pension.** Beaufsicht. der Schulaufg. erw., ebenso Klavierbenutz. Ang. m. Preisang. u. 456 an die Exp. d. Bl.

Suche 10 Zentner alte Kartoffeln zu kaufen.
Lenz, Mühle Ober-Beuna.

Formulare für
Kosten-Anschläge
(Handschrift und Schreibmaschine)
hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Epilepsie-
(Fallsucht, Krämpfe) **Leidende,** auch solche die alles umsonst angewandt, verl. kostenlos belehrende Broschüre.
Adler-Apotheke
Sommerfeld 154 N/L.

Fahrrad
mit Torpedo-Freilauf zu verk. Unter-Altenburg 4.

1 Gitarre, 1 Gasherd (2 flammig mit Gestell), **1 Handschrotmühle,** billig zu verkaufen. Näheres in der Expedition d. Bl.

1/2 Morgen Sommergerste
zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Schäferhund, 10 Monate alt, billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Futterfeste
Absatz-Ferkel
zu verkaufen Trebnitz 12.

Gestern mittag 1 Uhr entschlief plötzlich und unerwartet an den Folgen eines Schlaganfalles unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Wwe. Rosine Klappach
geb. Geier

im 67. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Familie Herm. Klappach.

Atzendorf, den 19. Juli 1922.

Beerdigung findet Freitag nachm. 2 Uhr statt.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, drängt es uns, allen seinen Freunden und Bekannten, die den Heimgegangenen zur letzten Ruhestätte geleiteten, seinen Hügel so reich mit Blumen schmückten und durch Karten ihre Anteilnahme an dem schweren Schicksalsschlage bekundeten, unseren innigsten Dank auszusprechen. Dies alles hat unseren Herzen wohlgetan.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Witwe Louise Hirt.

Spergau, den 18. Juli 1922.

Snob-Fahrrad-Motor

zum Einbauen in jedes Fahrrad

ist der leistungsfähigste, kühlste und sparsamste.

Allein-Vertretung:

Gustav Engel Söhne.

Telephon 203.

Bedeutendes Unternehmen der Holzindustrie sucht möglichst von im Orte gut eingeführten Holzhändlern

Holzlagerplätze

mit Anschlußgeleise, mit oder ohne Inventar und Fahrpark zu erwerben oder langfristig zu mieten. Bisherige Besitzer und Angestellte können in festem Gehalt übernommen werden.

Gefl. Offerte mit genauer Beschreibung des Objektes, des bisherigen Kundenkreises und Geschäftsganges erbeten unter A. T. 249 an **Rudolf Mosse, Magdeburg.**

Kleinkunstbühne
Neues Schützenhaus.
Dir. H. Eilenberger.
Täglich 8 Uhr das große **Juli-Programm.**
Erstkl. Kabarettkünstl.
Jeden 4. Tag Programmwechsel.

Kleine Anzeigen haben den besten Erfolg im **Mersebg. Korrespondent.** (Nebenausg. Schafftd. Ztg.)

Stadt-Café
Dammstrasse
Heute Walzer-Abend.

Beth's Gesellschaftshaus.

Ab Donnerstag täglich
Konzert mit Einlagen.
Kapelle Edelmann. — — Emil Kortes.
Donnerstag: Gesellschaftsabend.

Maurer und Bauarbeiter
stellen ein Döring & Lehrmann A.-G. Zu melden beim Polier Kühne, Grube Otto, Körbisdorf.

Kohlen- und Baumaterialien-Handlung sucht zum baldigen Antritt jüngeren, strebsamen

Kaufmann

für Büro- und Außendienst.

Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen u. D. E. 451 a. d. Exp. d. Bl.

Bekanntmachung.

Betr.: Neubewertung der Natural- und Sachbezüge für den Steuerabzug vom 1. Juli 1922 ab.

Gemäß § 2 Absatz 1 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohne vom 11. Juli 1921 ist vom Landesfinanzamt Magdeburg der Wert der Natural- und Sachbezüge für die Bemessung des Steuerabzugs vom Arbeitslohne hiermit nach Benehmen mit den Berufsvertretungen für den Bezirk des Landesfinanzamts Magdeburg einheitlich **vom 1. Juli 1922 ab** bis auf weiteres folgendermaßen festgesetzt:

Gruppe	I. Wert der freien Beköstigung, Wohnung sowie Heizung und Beleuchtung.				II. Bei teilweiser Gewährung der unter I bezeichneten Bezüge ist zu rechnen: a) für Beköstigung:				b) für Wohnung:				c) f. Heizg. u. Beleuchtg.			
	Tag ℳ	Woche ℳ	Mon. ℳ	Jahr ℳ	Tag ℳ	Woche ℳ	Mon. ℳ	Jahr ℳ	Tag ℳ	Woche ℳ	Mon. ℳ	Jahr ℳ	Tag ℳ	Wch. ℳ	Mon ℳ	Jahr ℳ
I. Betriebsbeamte, Werkmeister, Angestellte in höheren Stellungen, Büroangestellte, die nicht mit niederen oder mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden, Handlungs- und Apothekergehilfen. Lehrer und Erzieher, Bühnen- und Orchestermitglieder, Hausdamen und Gesellschafterinnen, Stützen und Haushälterinnen, letztere drei mit Aufsichtsbefugnissen über Untergebene:																
1. in Großstädten über 100000 Einwohner . . .	22,50	156,50	674	8088	19,50	136	585	7020	2,25	15,50	67	804	0,75	5	22	264
2. in Mittelstädten von 20000 bis 100000 Einwohner	20,75	145,—	622	7464	18,—	126	540	6480	2,—	14,—	60	720	0,75	5	22	264
3. in kleinen Städten und auf dem platten Lande .	18,15	126,50	543	6516	15,75	110	472	5664	1,65	11,50	49	588	0,75	5	22	264
II. Gewerbegehilfen, Gesellen, Arbeiter:																
1. in Großstädten über 100000 Einwohner . . .	20,75	145,—	622	7464	18,—	126	540	6480	2,—	14,—	60	720	0,75	5	22	264
2. in Mittelstädten von 20000 bis 100000 Einwohner	19,05	133,50	571	6852	16,50	115	495	5940	1,80	13,50	54	648	0,75	5	22	264
3. in kleinen Städten und auf dem platten Lande .	17,25	120,50	517	6204	15,—	105	450	5400	1,50	10,50	45	540	0,75	5	22	264
III. Dienstboten und Hausangestellte, Lehrlinge aller Art, soweit sie nicht unter I. und II. fallen, Waschfrauen, Aufwärterinnen und Näherinnen:																
1. in Großstädten über 100000 Einwohner . . .	17,40	121,50	521	6252	15,—	105	450	5400	1,65	11,50	49	588	0,75	5	22	264
2. in Mittelstädten von 20000 bis 100000 Einwohner	14,25	99,50	427	5124	12,—	84	360	4320	1,50	10,50	45	540	0,75	5	22	264
3. in kleinen Städten und auf dem platten Lande .	12,25	85,—	367	4404	10,50	73	315	3780	1,—	7,—	30	360	0,75	5	22	264

Anmerkung: Bei teilweiser Beköstigung ist zu rechnen: für das erste Frühstück 10 %, für das zweite: 15 %, für Mittag: 40 %, Vesperbrot: 15 %, Abendbrot: 20 % der vollen Beköstigung. Der Wert der sonstigen Sachbezüge wird von Fall zu Fall festgesetzt.

Um die Berechnung des Steuerabzugs zu erleichtern, sind die Beträge für die Werte je Woche, je Monat und je Jahr auf halbe und volle Mark abgerundet worden. Die Bewertung der den Bergarbeitern gewährten freien Werkswohnungen hat nach den ortsüblichen Preisen zu erfolgen. Die den Bergangestellten zur Verfügung gestellte freie Wohnung ist nur dann mit dem Betrage des einbehaltenen Wohnungsgeldzuschusses anzurechnen, wenn dieser sich mit dem ortsüblichen Mietwert der freien Wohnung deckt. Wenn dagegen der Mietwert der freien Wohnung höher ist als der einbehaltene Wohnungsgeldzuschuß, ist der ortsübliche Mietwert anzusetzen.

Die Bewertung des Kohlendeputats hat nach dem Großhandelsrichtpreis abzüglich 25 % zu erfolgen.

Die Neufestsetzung der den Landarbeitern gewährten Deputate erfolgt rückwirkend vom 1. Juli d. J. ab erst in einigen Wochen.

Magdeburg, den 2. Juli 1922.

Der Präsident des Landesfinanzamtes.
Schwarz.

Kleine Seifenfabrikation im Hause richten wir ein.
Dauernd. u. sichere Existenz ohne Kapital, besondere Räume und Berufsaufgabe nicht nötig. Auskunft kostenlos Rückporto erwünscht.
Chemische Fabrik Heinrich, Zeitz-Aylsdorf.

Metall- u. Kautschuk-
Stempel
liefert H. Heßler Kirchstr. 7.

Tüchtige Manometer-Mechaniker
f. dauernde Stellung gesucht.
Harzer Manometer-Fabr. G. m. b. H.
Halberstadt. Fernruf 1484.

Ein tüchtiger
Hilfsarbeiter
gesucht
Städtisches Krankenhaus.

Zuverlässiger
Geschirrführer
sof. gesucht Leunaer Str. 6.

Waschfrau
gesucht. Meldung erbet. bei Stürzebecher, Burgstraße.

Schwarzer Hund zugelaufen.
Gegen Erstattung der Insertions- u. Futterkosten abzuholen in Daspig Nr. 13.

Hund zugelaufen (tigerfarbig)
Abzuholen Rosenthal 18.

Die Hilfe

Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst.
Begründer: Friedrich Naumann.
Herausgeber Wilhelm Heile u. Gertrud Bäumer.

In der Zersplitterung einseitiger Interessenrichtungen und parteipolitischer Strömungen sucht die „Hilfe"
alle zukunftsgläubigen Deutschen
zusammenzurufen, die an dem Bau eines neuen, auf nationale und soziale Grundlagen gestellten Volksstaates mithelfen wollen.

Probeheft kostenfrei. Vierteljahrespreis 20 Mk.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent". (Nebenausgabe „Schafftädter Zeitung.")

In bester Geschäftslage wird ein größeres
Ladenlokal
für bald oder später zu mieten gesucht.
Evtl. wird größere Abstandssumme gezahlt.
Offerten mit Preisangabe erbeten an **Rudolf Mosse, Leipzig,** unter L. L. 6410.

Quittungs-Bücher
für Miete, Zinsen, Pacht
hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Für 35 M. werden Korsette von mitgebrachten Stoff. angefertigt desgleichen Leibchen, Büstenhalter und Hüftenformer, auch werden Korsette ausgebessert und gewaschen. **Fertige Korsetts** in allen Preislagen vorrätig. **Frau Lotte Asche, Karlstr. 34.**
Annahmestunden von 10—3 Uhr.

Hochläuse mit Brut
vernichtet verblüffend
Goldgeist
doppelstark, geruchlos, in Apotheken und Drogerien.

Bedenken Sie

daß auch in Zeiten günstigen Geschäftsganges die Werbung neuer Kunden nicht vergessen werden darf, damit bei Preisstürzen ein treuer Kundenstamm dann dem Geschäft die Treue wahrt. Geschäftsmann, denke an die kommende schwere Zeit und werbe durch gute Ware und durch das Mittel der Reklame im **„Merseburger Korrespondent"** um neue, treue Kunden. — — — —
Bekannt sein ist alles!

Ordentl., zuverläss. **Mädchen**
für 1. August gesucht.
Frau **Neustadt,** Entenplan 11.
Fa. Paul Ehlert Nachf.

Anzeigen aus Schafftädt und Umg.
Geschäftsstelle: Buchdruckerei O. Brünner
Tel. 74. in Schafftädt. Tel. 74.

Bekanntmachung.

Dem Stadtsekretär Leffe ist die Stellvertretung des hiesigen Standesbeamten übertragen worden.

Schafftädt, den 17. Juli 1922.

Der Bürgermeister.

In- u. Ausländer suchen sofort Grundbesitz, gleich welch. Art, auch Hotel, Wirtschaft, Mühle, Fabrik od. Landwirtsch., evtl. Beteiligung. Besitzerang. erb. u. Wa 4876 an Heinrich Eisler, Hamburg 3.

Guterh. Fahrrad
mit Bereifung preiswert zu verk. Schafftädt, Langestr. 42

Wachsame Hündin
(Rattenfänger) mit 2 Jungen abzugeben Langestraße 43.

Glückwunsch-Karten
zu allen Gelegenheiten, Ansichtspostkarten, Kunst- und Serienkarten, Kleinkunstbilder, Postkartenrahmen, Butterbrotpapier usw.
empfiehlt noch besonders preiswert
Buchhandlg. Otto Brünner, Schafftädt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220719-19/fragment/page=0004

Das Ende der Rathenau=Mörder.

Wie man sie aufspürte.

Als die vom Kriminalinspektor Holters von der Halleschen Kriminalpolizei entsandten Halleschen Kriminalwachtmeister Kagemann und Zabel mit dem ersten Morgenzuge am Montag in Bad Kösen eintrafen, verständigten sie den in Bad Kösen stationierten Oberlandjäger Kallenbach von der Sachlage und gingen mit ihm zur Rudelsburg. Dort blieb Oberlandjäger Kallenbach zurück, und die beiden Kriminalbeamten gingen als Touristen langsam hinüber zur Burg Saaleck. Sie rekognoszierten das Gelände und wollten vor allen Dingen feststellen, ob sich Leute im Turm aufhielten, da Dr. Stein mit seiner Frau nach Berlin verreist war. An der Mauer der Burg konnten sie nichts Verdächtiges wahrnehmen. Die Türen darin waren verschlossen, und so kletterten die Beamten über die Mauer hinweg und sahen sich im Burghof — immer harmlose neugierige Touristen vortäuschend — etwas genauer um. Schließlich fanden sie in einem Nebengelasse des anderen zerfallenen Turmes ein verschnürtes Paket in einer dunklen Ecke liegend vor. Beim Öffnen dieses Pakets fanden sie zwei fast neue Anzüge und einen Überzieher. Dieser Fund kam natürlich den Beamten verdächtig vor. Sie nahmen das Paket an sich und gingen damit hinüber zur Rudelsburg. Vorher machten sie sich noch mit Steinen einige Merkmale an die verschlossene in den bewohnten Turm führende Gittertür, um bei ihrer Rückkehr feststellen zu können, ob jemand während ihrer Abwesenheit den Turm betreten oder verlassen habe. Von der Rudelsburg riefen sie telephonisch den Schlossermeister Weineis aus Bad Kösen herbei, damit dieser die Gittertür öffne. Nach einer Stunde vergeblicher Arbeit mußte das Schloß aufgesprengt werden, und die drei Beamten gelangten ungehindert in den ersten Stock des elegant eingerichteten Wohnzimmers Dr. Steins. Frische Brotreste und Wurstschalen lagen noch auf den Tellern und gaben den Beamten nunmehr die Gewißheit, daß Leute im Turm anwesend sein mußten. Aber auch im zweiten Stock war niemand zu hören und zu sehen. Als sie an die Treppentür des oberen Geschosses gelangten, war diese verschlossen. Der Schlüssel stak von innen. Da die drei Beamten sich zu schwach fühlten, sahen sie zunächst von dem Einschlagen der Tür ab und beschlossen, Verstärkung zu holen. Oberwachtmeister Kagemann, der mit großem Geschick die ganze Ermittelung der Mörder leitete, ließ Oberlandjäger Kallenbach im Turm zurück und Wachtmeister Zabel stellte sich in den gegenüberliegenden halbzerfallenen Turm auf Posten, um vor allem zu verhindern, daß sich die beiden Mörder an dem Blitzableiter des Turmes herunterließen. Kaum war Oberwachtmeister Kagemann weggegangen, so erschienen die Mörder Kern und Fischer an der Gittertür. Die beiden Beamten riefen ihnen sofort zu: „Hände hoch!" Die beiden Männer antworteten: „Da könnte jeder kommen!" und gingen wieder hinauf. Nach kurzer Zeit ließen sie sich auf der Zinne des Turmes sehen und einer von ihnen hatte ein Jagdgewehr in der Hand, das Dr. Stein gehörte, und das er in dessen Behausung gefunden hatte. Er legte mit dem geladenen Gewehr auf den im Turm stehenden Beamten an und rief, da dieser sich zurückzog, herunter: „Feigling!" Ausflüglern riefen die Mörder vom Turme herunter zu:

„Hoch lebe Kapitän Ehrhardt! Wir sterben für unsere Ideale!"

Als Oberwachtmeister Kagemann gegen 6 Uhr nachmittags mit vier bewaffneten Schupobeamten zurückkam, verschwanden die Männer im Turme. Kriminalwachtmeister Zabel gab nun auf das obere Turmfenster mit einem Karabiner fünf Schüsse ab und forderte die Männer auf, herunterzukommen. Es erfolgte aber keine Antwort. Dann trafen gegen ½8 Uhr nochmals zehn Schupobeamte aus Naumburg zur Verstärkung ein, und Kriminaloberwachtmeister Kagemann ging nunmehr daran, die verschlossene Tür zum dritten Stockwerk mit Gewalt öffnen zu lassen. Ein Schupobeamter schlug sie mit einem Beile ein. Beim Eintritt in das Schlafgemach fanden die Beamten die verfolgten **Mörder**

als Leichen

vor. Ausgeschlossen ist aber auch nicht, daß Kern durch einen der abgegebenen Karabinerschüsse getötet worden ist; denn im Zimmer wurde eine Menge blutdurchtränkter Watte aufgefunden, mit der Fischer seinem Kumpan Kern das Blut zu stillen versuchte.

Die Toten hatten zusammen 2779 ℳ bei sich, weiter eine Anzahl Landkarten vom Harz, Thüringen und andere. Wie festgestellt wurde, haben die Gesuchten am Sonnabend abend ½9 Uhr im Deutschen Haus in Bad Kösen Abendbrot gegessen und sind wahrscheinlich während der Nacht nach Burg Saaleck gegangen.

Am Dienstagmorgen traf eine Gerichtskommission und die Staatsanwaltschaft von Naumburg auf Burg Saaleck ein, ebenso zwei Oberkriminalbeamte aus Berlin. Die beiden Leichen wurden in der Leichenhalle in Saaleck untergebracht. Dr. Stein wurde mit seiner Frau, die er erst vor wenigen Wochen geheiratet hat, in Haft genommen, da die Eheleute stark verdächtig sind, von dem Aufenthalt der gesuchten Mörder in ihrer Wohnung gewußt zu haben.

Die Mörder hatten schon telephonische Verbindung nach München.

Wäre die Entdeckung des Schlupfwinkels der Mörder nur einige Stunden später erfolgt, so wären diese wieder entschlüpft, denn sie hatten, wie festgestellt ist, bereits durch Telephon Fühlung mit München genommen, und von dort waren schon mehrere Helfer mit Geldmitteln und falschen Pässen nach Burg Saaleck unterwegs. Die Helfer sollten Kern und Fischer auch andere Kleidung bringen und sodann beide, aber getrennt, über die tschechoslowakische Grenze bringen.

Die beiden Touristen, die an der Burg Saaleck vorbeiwanderten, hatten tags vorher in Naumburg die öffentlich angeschlagenen Bilder und Personalien Kerns und Fischers gesehen. Die Berliner Polizei hatte nämlich inzwischen in ihrer richtigen Annahme, daß sich die Mörder noch in Mitteldeutschland aufhalten müßten, auch in der Naumburger Gegend in großen Massen Handzettel und Plakate mit dem Signalement der Täter verbreitet und auch die dortigen Polizeibehörden instruiert. Die erfolgreiche Fahndung auf die Mörder ist also auf das gute Zusammenarbeiten zwischen der Berliner und der Naumburger Polizei zurückzuführen. Nicht zuletzt trägt auch die Reichszentrale für Heimatdienst ein Verdienst an dem Erfolg, dadurch, daß er die Berliner politische Polizei bei der Verbreitung der Plakate in hervorragender Weise unterstützte.

Die Helfershelfer.

Inzwischen sind umfangreiche Nachforschungen von Berlin aus angestellt worden, um nun auch festzustellen, wo sich die beiden Täter, nachdem sie zuletzt in Packebusch und in Ahrendsee mit Bestimmtheit gesehen worden waren, aufgehalten haben. Zwischen der Zeit, wo sich die beiden in der Gardelegener Gegend aufhielten, und der jetzigen Ermittelung auf Burg Saaleck liegen acht Tage. Da sie wahrscheinlich den größten Teil des Weges auf ihren Rädern zurückgelegt haben dürften, so werden sie eine wesentlich kürzere Zeit für ihre Flucht nach Burg Saaleck gebraucht und sicher schon mehrere Tage in ihrem Versteck zugebracht haben.

Der Besitzer der Saaleck-Burg, in der sich die Mörder Rathenaus erschossen haben, ist wegen Verdachtes der Begünstigung festgenommen worden. Er wird nach Berlin übergeführt. Die Ermittelungen der Berliner politischen Polizei erstrecken sich jetzt weiterhin darauf, ob noch weitere Personen der Begünstigung schuldig sind. Es wird festzustellen sein, welche Helfershelfer die Flucht von Fischer und Kern in den Tagen vom 9. bis 17. Juli unterstützt haben. In dieser Hinsicht ist folgendes bemerkenswert: Die Leiche von Kern weist an beiden Oberschenkeln halb verheilte etwa acht Tage alte Schußwunden von Schrotschüssen auf. Derjenige, der in den letzten acht bis zehn Tagen mit Schrot auf verdächtige Personen geschossen hat, wird gebeten, dem Berliner Polizeipräsidium Abteilung Ia Mitteilung zu machen.

Die Mörder besaßen Schlüssel zu der Wohnung Dr. Steins in Saaleck, dieser selbst aber war nicht anwesend. Er ist Berliner und hat in Saaleck die Turmwohnung gemietet. Die Leichen werden nach Berlin gebracht werden. Hier sollen ihnen diejenigen, die Fischer und Kern persönlich kannten, gegenübergestellt werden.

Kern, der Befreier Dittmars.

Interessant ist es zu hören, warum die Täter gerade die Burg Saaleck als Zufluchtsstätte benutzten. Dazu ist folgendes zu sagen. Es ist festgestellt, daß Kern seinerzeit den Oberleutnant Dittmar aus dem Gefängnis befreit hatte. Damals spionierte er als Unterschlupf für ihn die Burg Saaleck aus, wo Dittmar sich dann auch längere Zeit verborgen hielt. Als Kern und Fischer von der Polizei verfolgt, keinen Ausweg mehr wußten, dürfte Kern der Gedanke gekommen sein, nach Burg Saaleck zu fliehen.

Die Rolle, die der Bewohner der Burg, Dr. Stein, seinerzeit gespielt hat, als Dittmar sich auf dessen Burg verborgen hielt, ist noch nicht ganz aufgeklärt. Der Verdacht besteht, daß Dr. Stein genau so wie damals, auch jetzt wieder eine Reise angetreten hat, um angeblich nicht zu wissen, daß die beiden Mörder sich auf der Burg versteckt hielten.

Ehrhardt verteidigt die Organisation C.

München, 18. Juli. Der seit langem flüchtige Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt, der Begründer der Organisation Consul sendet den „Münchener Neuesten Nachrichten" eine Zuschrift, die aus Wien vom 10. Juli datiert ist. Darin verteidigt er die Organisation C, die niemals die Ermordung von Politikern beabsichtigt habe — mit dem merkwürdigen „Zufall", daß sowohl die Mörder Erzbergers wie die Rathenaus nachgewiesenermaßen Mitglieder der Organisation waren, hält er sich nicht auf — und die seit September v. J. aufgelöst sei. Sie sei dann in den Verein „Neudeutscher Bund" umgewandelt worden, dessen Statuten jeder nachlesen könne. Er richtet dann heftige Beschuldigungen gegen den badischen Justizminister Türk und den Berliner Oberregierungsrat Weiß, ohne deren Dazwischentreten die Münchener Polizei die Erzbergermörder sicher verhaftet hätte . . .

Wie riefen doch die Rathenaumörder in Saaleck? „Hoch Ehrhardt."

Die endgültige Annahme des Schutzgesetzes.

Die Schlußsitzungen vor den Ferien. — Maßlose Angriffe des Deutschnationalen Bazille gegen die „sogenannte" Republik.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 10,20 Uhr. Die Tagesordnung weist nicht weniger als 27 Punkte auf. Hauptpunkt ist

die dritte Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Abg. Bazille (Dn.): Am Sonntag nach dem Rathenaumord sagte der Kanzler hier im Reichstag: „Wo steht der Feind! Rechts! (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Alles Unheil, was aus diesen frevelhaften Worten entsteht, kommt auf sein Haupt! (Rufe: Das war eine Drohung!) Dr. Wirth hat sich nicht gescheut, Millionen Deutsche vaterlandslos zu nennen, und jetzt sollen diese unter Ausnahmerecht gestellt werden. Dieses Gesetz

zum sogenannten Schutze der sogenannten deutschen Republik

lehnen wir ab. Wir haben mit den Mördern nichts zu tun. Für die deutschvölkische Bewegung sind wir nur insoweit verantwortlich als sie innerhalb der Grenzen unserer Organisation sich abspielt. Von Parteibeziehungen zu den Mördern kann gar keine Rede sein. Inzwischen sind die meisten Abgeordneten wieder in den Saal zurückgekehrt. 56 Tote und 140 Verwundete blieben bei den Demonstrationen nach dem Morde Rathenaus auf der Straße. So schützt Dr. Wirth Leben und Eigentum der Bürger. (Stürmische Szenen.) Der Redner fährt dann fort: Ich bin mir eines solchen Angriffes nicht bewußt. Ich übernehme die Verantwortung für das, was ich gesagt habe. (Erneute Unruhe bei der Mehrheit. Rufe: „Sie haben ja gar kein Verantwortungsgefühl, Sie wissen ja gar nicht, was Sie gesagt haben.") Jeder Reichstagsabgeordnete hat das Recht, (Rufe links: „sich anständig zu betragen!"), die Wege zu gehen, die nach seiner Ansicht gegangen werden müssen. Wir sind und bleiben die Vorkämpfer für die Befreiung Deutschlands von den inneren und äußeren Fesseln. (Lebhafter Beifall rechts. — Stürmischer Widerspruch links.)

Abg. Keil (Soz.): Diese Hetzrede ist offenbar für die Sammelmappe bestimmt, aus der in den nächsten Monaten die deutschnationalen Agitatoren ihre Rüstzeuge beziehen sollen. Die Person des Vorredners erscheint besonders geeignet, Ordnung und Sitte zu verteidigen. Wenn sich ein solcher Mann hier als Hüter von Sitte und Ordnung aufspielt, dann kann man nicht sachlich bleiben. Keil weist nach, daß Bazille mehrere Verfehlungen auf sich genommen hat.

Abg. Fehrenbach (Ztr.): Das, was der erste Redner in dieser Debatte sich geleistet hat, erfordert namentlich auch von meiner Partei eine energische Zurückweisung.

Diese giftgeschwollene Rede

war sorgfältig vorbereitet worden, um hier das Gift zu verspritzen. (Zuruf des Abg. Graf Westarp.) Herr Graf Westarp, haben Sie diese Rede Ihres Fraktionskollegen angehört? (Graf Westarp: „Jawohl!") Sind Sie in der Lage, diese Rede gutzuheißen? (Graf Westarp: „Jawohl." Stürmische Pfuirufe bei der Mehrheit.) Sie haben sich Ihr Urteil selbst gesprochen. Wenn Sie glauben, mit diesen Tönen, mit diesem Gift und dieser Galle in Ihrem Parteilager Eindruck zu machen, dann tut es mir leid um Ihre Partei.

Abg. Emminger (Bayer. Volkspartei) dankt dem Vorredner für diesen Schlußstrich unter die unerquicklichen Szenen. Leider werde durch das Gesetz die zwischen Bayern und dem Reiche bestehende Spannung verschärft.

Abg. Dr. Stresemann: Welch ein Abstand zwischen der Rede des Abg. Dühringer und der Rede des Abg. Bazille! Ich bedauere auf das tiefste den Abstand, der sich im Laufe der Entwicklung zwischen diesen beiden Rednern zeigt. Der Ausnahmecharakter des Schutzgesetzes bestehe nicht mehr. Wir bedauern, daß die Abs. 3 und 4 nicht aus dem Gesetz herausgenommen worden sind und in die Form einer Verordnung gekleidet wurden. Es ist Hauptaufgabe aller Parteien, dafür zu sorgen, daß dem Gesetze jeder Parteicharakter, auch jeder schikanöse Charakter genommen werde. Gegen eine Verfügung, die einer Zeitung oder Zeitschrift ein längeres Erscheinen verbietet, wird durch unseren Antrag ein aufschiebendes Veto ermöglicht. Wenn wir in unserer großen Mehrheit dem Gesetzentwurfe zustimmen, so geschieht es in der Erwartung, daß es objektiv gehandhabt wird. Wir bedauern, daß mit der Wahrnehmung der Geschäfte des zu schaffenden Gerichtshofes nicht ein Senat des Reichsgerichts, zu dem unser Vertrauen unerschütterlich ist, betraut wird. Ich hoffe, daß bei der Ausführung des Gesetzes auch die Staatsgerichtshöfe so besetzt werden, daß bei der Auswahl der Laienrichter die politische Gebundenheit ausgeschaltet wird. Nur die Persönlichkeit als solche muß die Gewähr für das objektive Finden des Rechtes bieten. Die Ablehnung der deutschnationalen Abänderungsanträge bezüglich der Sicherung der bayerischen Rechte war mir unverständlich. Der Reichskanzler hat durchaus recht, wenn er französischen Journalisten erklärt, daß der Mord an Rathenau letzten Endes der

Ausdruck einer Politik sei, die Deutschland nicht zur Ruhe kommen läßt.

Ob es uns möglich sein wird, zum Wiederaufbau zu kommen, wissen wir nicht. Sie können nicht von uns verlangen, daß wir November-Republikaner werden, daß wir unsere Gesinnung aufgeben. Aber wir

Das Schloßgeheimnis von Eckhofen.

Eine Geschichte von Anny v. Panhuys.

81. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Oh, Elisabeth, erlaß es mir lieber, wenn Du aber durchaus willst, so muß ich gestehen, mir ist die geheimnisvolle Glocke gar nicht so unwichtig, wie ich mich stelle, ich nehme mich nur um Deinetwillen zusammen; innerlich aber fürcht ich mich ganz unbändig, es könne nun irgndein Unglück für Eckhofen herannahen."

Elisabeth versuchte zu lächeln.

„Du bist also auch ein Hasenfuß."

Bei sich aber dachte sie, daß es wenig freundschaftlich war von Ilse war, durch das eigene Furchtbekenntnis ihre Furcht noch zu vergrößern.

Brunkendorff ließ sich anmelden.

Elisabeth empfing ihn mit dem Gefühl einer Erlösung.

Ilse begann mit Herbert zu spielen und hörte dabei, daß der Maler erzählte, die Glocke müsse es verstehen, sich unsichtbae zu machen, aber er stöberte sie doch noch auf. Er lachte dabei und war doch erschrocken, wie entsetzlich bleich Elisabeth von Valberg aussah. Auch Ilse war das schlechte Aussehen Elisabeths aufgefallen und sie sagte sich: Vielleicht braucht die Glocke nur noch ein paarmal zu erklingen und Lothar von Brunkendorff bemerkt, wie rosig und gesund ich bin!

Und die unbequeme hochmütige Fürstin würde sie zum Schlosse hinausläuten. Der gestattete ihr Leiden schon gar keine Aufregungen und sie würde sicher bald ihre Koffer packen und Eckhofen für immer verlassen, diese ständige Gesellschafterin Elisabeths war ihr im höchsten Grade unbequem.

*

Die Fürstin saß schon am frühen Morgen im Gartenhäuschen, und allerlei Gedanken trieben, wie von einem aufrührerischen Wind hochgeblasen, durch ihr Hirn. Sie dachte an Roman Myskowska, ihren Gatten und seine schöne Base Olga und auch daran, daß sie nach dem Ausspruch des Doktors Kurschmann wohl noch zweimal die Rosen blühen sehen würde. Sie dachte aber auch an Elisabeth und wie sehr sie die liebenswürdige gute Frau in kurzer Zeit, seit man sich kannte, liebgewonnen. Es tat ihr leid, Elisabeth durch einen Narren oder gemeinen Menschen gequält zu wissen, denn dieses matte, sich wie aus Tiefen aufringende Läuten bedeutete für die Schloßfrau eine Qual, daran zweifelte Bruniſlawa Myskowska nicht im geringsten. Und sie fand kein Mitel, keinen Weg, dem tollen abscheulichen Treiben Einhalt zu tun. Gestern, mitten in der Nacht, war das Läuten wieder aufgesprungen, wie ein heiseres Bellen und hatte die Schloßbewohner aus dem Schlafe gerissen. Blaß und übernächtigt lag Elisabeth nun in ihrem Zimmer, wollte stark sein und duckte sich doch vor dem alten Aberglauben, der das Geheimnis der Glocke umgab.

Die Fürstin stand auf und ging in dem Gartenhauszimmer hin und her, müde und langsam, wie es in ihrer Art lag.

Wie hübsch der Raum war und wie anheimelnd traulich und vornehm.

Die mit seegrüner Seide bezogenen Stühle stammten sicher noch aus den Tagen der schönen Urgroßmutter, die einmal vor über hundert Jahren Herrin auf Eckhofen gewesen. Auch das Sofa, das den gleichen Bezug mit den silbernen Blumen trug, und die brüchigen Vorhänge, die ins gelblich fahle hinüberspielten. Ebenso ein bauchiger Schrank auf dünnen Beinen, der einige alte Bücher enthielt.

Die Wand überspannten Seidentapeten aus Grün mit Silber, die mehrfach Spuren von Ausbesserungen aufwiesen. Alles in diesem Zimmer war alt, sehr alt, müde und verschossen, aber schön, vielleicht gerade deshalb doppelt schön.

Die kleine, ringfunkelnde Rechte der Fürstin strich wie liebkosend über die Seidentapete, und dabei spürte sie winzige, gleichmäßige Erhöhungen hinter dem alten mürben Seidenbezug. Doch achtete sie zunächst nicht darauf. Aber nach einer Weile erinnerte sie sich wieder daran und ließ ihre Hand abermals über die Seidentapete gleiten.

Scheinbar befand sich eine Holzvertäfelung in ungefähr Meterhöhe hinter dem Wandbezug.

Weshalb hatte man die nur verdeckt? Von einer sie plötzlich überfallenden Neugier getrieben, zog die Fürstin ganz vorsichtig eine brüchige Stelle der silberdurchwebten Seide auseinander.

Ein Stück Eichenholzvertäfelung ward sichtbar, die sich aus kleinen Sternen zusammensetzte. Eine hübsche, gediegene, alte Arbeit war es, und Brunislawa dachte, das Innere des Gartenhäuschens könne nur gewinnen, wenn die Wandvertäfelung frei würde.

Die Sache nahm mit einem Male ihre ganze Aufmerksamkeit in Anspruch.

Ihr fiel ein, dieses sternförmige Eichenholzmuster als Wandvertäfelung auch schon im Schlosse irgendwo bemerkt zu haben, nur wußte sie augenblicklich nicht, wo das gewesen. Vorläufig traten jetzt ihre Gedanken an die Glocke zurück.

Es lag für sie ein eigener Reiz darin, dieses Zimmer, in dem sie so gerne weilte, noch zu verschönern, und das geschah sicher,wenn die alte, kunstvolle Vertäfelung freigelegt ward. Dieser Gedanke beschäftigte sie vollständig und sie suchte Elisabeth auf und hielt ihr einen förmlichen Vortrag über die gemachte Entdeckung.

Die Schloßfrau lächelte über den Eifer der Fürstin. Wie ein tüchtiger Geschäftsmann seine Ware anpreist, so pries Brunislawa Myskowska, wie das Zimmer durch die Eichenvertäfelung gewinnen mußte, und sie klatschte vergnügt in die Hände, da Elisabeth erklärte:

„Lassen Sie doch die Tapete entfernen, Brunislawa, unter der Dienerschaft befindet sich sicher jemand, der die Arbeit tun kann."

Die Fürstin dachte sofort an den alten Valentin, der sich ihr stets besonders gern gefällig erwies, und sie sprach mit ihm, worauf er sich sofort ans Werk machte. Zu Elisabeth sagte die Fürstin, sie dürfe nun nicht eher wieder einen Blick in das Gartenhäuschen werfen, bis sie von ihr gerufen werde. Darauf ging Elisabeth gern ein.

Dieser Vormittag brachte Besuch aus der Nachbarschaft und wenn Elisabeth eigentlich heute auch am liebsten kein fremdes Gesicht gesehen hätte, so nahm sie die Herrschaften, die ihren Besuch erwiderten, doch an. Das harmlose, leichte und unverbindliche Geplauder tat ihr sogar gut, der Zwang, den sie sich den fremden Menschen gegenüber auferlegen mußte, beruhigte ihre Nerven, die noch von der schlaflosen Nacht her schwangen, von der Nacht, da sie aus stillem Traume aufgeschreckt, das dumpfe Glockenläuten gehört.

Die Fürstin war indessen mit Valentin schon emsig bei der Arbeit und manch entzückter Ausruf trieb den alten Diener zu immer größerer Schaffensluft an.

Der Alte löste die Tapete vorsichtig und geschickt, und nach zwei Stunden war alles geschafft bis auf das Saubermachen des Zimmers. Der Fürstin Wangen zeigten vor freudiger Bewegung sogar einen Hauch von Farbe, trotz des Puders, aus dem die dunklen Augen wie Flammen brannten.

„Wie wunderschön!"

Sie klopfte dem alten Diener begeistert auf den Ärmel, denn bis zu seiner Schulter hochzureichen, war für sie eine zu schwere Aufgabe. Der alte Mann wiederholte:

„Wunderschön!" Und darauf: „Ja, Euer Durchlaucht verstehen solche Dinge besser als ich, aber mir gefällt die Wand jetzt auch viel besser, wenn die Seidentapete nun oberhalb der Vertäfelungsleiste abschließt. Genau dieselbe Wandvertäfelung befindet sich in einem der Zimmer, die Fräulein Haldow zurzeit inne hat," fügte er hinzu.

Die Fürstin wußte nun, wo ihr das eigentümliche Sternmuster schon aufgefallen war.

Valentin zeigte sich plauderlustig.

„Die Zimmer des Südflügels im ersten Stock sollen einstens von der Baronin Brunislawa Gaudenz, geborene Lipska, bewohnt worden sein, bestimmt aber die Räume Fräulein Haldows, heißt es. Der selige Baron Christian, dem Eckhofen vor Frau von Valberg gehörte, forschte solche Dinge aus."

Die Fürstin sah den Diener freundlich an und lobte ihn:

„Sie haben Sinn für die Familiengeschichte ihrer Herrschaft, das ehrt Sie."

Valentin verneigte sich geschmeichelt, für die Fürstin wäre er durch das Feuer gegangen, die verstand es, einem aufrichtig und einfach das zu sagen, was einem gut tat. Gewiß hatte er Sinn für die Familiengeschichte seiner Herrschaft, aber nicht nur für deren Geschichte, sondern auch für die Herrschaft selbst und deshalb quälte es ihn und ging es ihm nahe, daß sich jetzt unter der neuen Herrin diese abscheuliche, unsichtbare Glocke fortwährend wie böser Unkenruf hören ließ. Die arme Frau von Valberg konnte ja unter diesen Umständen gar keine Liebe zu Eckhofen fassen.

Das ging ihm nahe, eben weil er der Herrschaft treu ergeben war. Ein bißchen unzusammenhängend, aber mit einer gewissen Treuherzigkeit brachte er das hervor.

Der Fürstin gefiel Valentin immer besser und sie fragte ihn nach allerlei, was mit der Glocke in Beziehung stand. Es war nicht viel, aber das bemerkenswerteste war es, das man früher die Glocke nur ganz selten vernommen, während sie jetzt immerfort klang, immerfort, und das gesamte Schloß in Unruhe versetzte, so, als werde sie von keinem guten warnenden Geist mehr bewegt, sondern von einem bösen und höhnischen.

Ja, es wäre jetzt eine häßliche und aufregende Zeit für Eckhofen, seufzte Valentin. Die Dienstboten besprächen von morgens bis abends nichts anderes, als die Geisterglocke und keines von den Mädchen wollte, sobald es dämmerig würde, noch allein durch das Schloß oder den Park gehen.

„Daß man diese unverschämte Person, die den Spuk in Szene setzt, nicht fassen kann, ist das Allertollste," meinte die Fürstin stirnrunzelnd.

Valentin wagte die Frage, ob Ihre Durchlaucht wirklich glaube, ein Mensch von Fleisch und Blut ängstige die Schloßbewohner.

Brunislawa Myskowska bejahte lebhaft.

„Selbstverständlich glaube ich das, Valentin, doch weshalb das aufregende Spiel ersonnen ward, was es bezweckt, das ist mir unfaßbar und kein noch so gründliches Nachdenken weist mir eine Spur."

Valentin bemerkte, er glaube nicht an einen solchen Menschen von Fleisch und Blut.

„Wenn ich die Glocke noch öfters höre, ohne sie zu sehen, wird es mir allerdings bald wie ihnen gehen, Valentin," erwiderte die Fürstin halb ernst, halb scherzend, dann entließ sie den Diener.

Hans Kurschmann machte seinen Besuch schon am Vormittag; er hatte nur wenig Zeit, ein Schwerkranker im Nachbardorf hatte ihn rufen lassen, und das Doktorwäglein wartete schon vor dem Parktor auf ihn. Der Doktor bemerkte sofort die Veränderung, die mit dem Zimmer vor sich gegangen und die Fürstin berichtete, auf welche Weise sie die kunstvoll gearbeitete Vertäfelung aufgespürt. Der Doktor mußte gehörig bewundern.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220719-19/fragment/page=0005
DFG

wollen den Kampf um diese Dinge in unseren Reihen zurückdrängen und wenden uns damit an das ganze Volk.

Erst wenn die Parteien untereinander Frieden halten, haben wir eine Grundlage,

auf der wir das Schwerste von unserem Vaterlande abwehren können. Der größte Teil meiner Freunde stellt seine Bedenken zurück mit Rücksicht auf die Interessen des Staates. (Beifall.)

Es folgen zwei lange Reden der Abg. Koenen (Kom.) und Henke (USP.) und die Auseinandersetzung zwischen den Abg. Bazille und Keil wegen des Letzteren Vorwürfe. Es wird auf das kommende Disziplinarverfahren verwiesen. Damit wurde die fünfstündige Debatte geschlossen.

Darauf wurde das

Gesetz zum Schutze der Republik in 3. Lesung angenommen.

(Mit einigen Abänderungen. Wir kommen darauf zurück. D. Schr.) Es ergab sich die Mehrheit von 303 gegen 102 Stimmen. Dagegen stimmten neben den Deutschnationalen, den Kommunisten und den beiden bayerischen Fraktionen auch einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei, darunter der Abg. Schoch. Abg. Stinnes fehlt. Ernährungsminister Fehr stimmte im Gegensatz zum Bayer. Bauernbund, dem er angehört, mit ja! Präsident Löbe stellte fest, daß die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Gesetz erreicht ist. (Beifall.)

Auch das Amnestiegesetz und das Gesetz über die

Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik

wurde angenommen und zwar mit Zweidrittelmehrheit. Die 75 Millionen zur Durchführung des Schutzgesetzes werden bewilligt. Damit endete die erste Sitzung.

Nach weiteren kurzen Geschäftssitzungen vertagt sich der Reichstag bis zum Oktober.

Zeitglossen.

Fürst und Kommunist im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund.

In Gera ist durch die Behörden das gesamte Aktenmaterial des Schutz- und Trutzbundes beschlagnahmt worden. Unter den vorgefundenen Briefen befindet sich ein Dankschreiben an den Fürsten Heinrich XXVII., der der Ortsgruppe 3000 *M* unter „unbekannt" zur Verfügung gestellt hat. In einem Briefe des zweiten Vorsitzenden an den ersten heißt es wörtlich: „Wir haben übrigens in letzter Zeit einige Kommunisten aufgenommen, von denen einer die Abteilung „Aufklärung der Arbeiterschaft" übernehmen wird."

*

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt:

„Bei dem Ministerpräsidenten eines deutschen Landes lief kürzlich die Anfrage eines Wehrkreiskommandos ein, welche höheren Orden sein allerhöchster Vorgänger, der frühere Landesherr, verliehen habe, damit die Reichswehr angewiesen werden könne, vor diesen Dekorationen Ehrenbezeugungen zu machen. Der Herr Ministerpräsident wunderte sich nicht nur über den Inhalt der Anfrage, was man vom Staatsoberhaupt einer demokratischen Republik verlange, sondern auch über die absendende Stelle, denn die Reichswehrtruppen seines Landes unterstanden einem andern Wehrkreiskommando. Weitere Erkundigung ergab dann, daß das für dieses Land zuständige Wehrkreiskommando intelligent genug gewesen war, jene Anfrage an den ehemaligen Hofmarschall des ehemaligen Landesherrn zu richten; es kannte eben den betreffenden Ministerpräsidenten und wußte also, wie wenig Verständnis für die ernsten Aufgaben unserer Wehrmacht von einem solchen Demokraten zu erwarten war. Die Öffentlikeit hat nun wohl ein berechtigtes Interesse daran, zu erfahren, ob sämtliche Wehrkreiskommandos bei sämtlichen Landesregierungen oder Hofmarschällen, jedes für sich, diese Enquête veranstaltet haben. Es würde Arbeit und Kosten gespart haben, das einheitlich durch das Reichswehrministerium besorgen zu lassen. Oder traut man dem auch kein Verständnis in solchen Dingen zu? Jedenfalls darf man gewiß hoffen, daß sich der Herr Reichswehrminister zu dieser Betätigung hoher Kommandostellen unserer Republik äußern wird."

*

Der Mittäter an der Ermordung Rathenaus, Werner Techow, pflegte im Kreise von Freunden auf einem im Westen Berlins gelegenen Tennisplatz regelmäßig Tennis zu spielen. Am Mordtage erschien Techow gegen 12 Uhr und erzählte dort seinen Freunden, daß der Minister Rathenau vor kurzem ermordet sei. Dann spielte er Tennis. Am Nachmittag des vorhergehenden Tages fuhr Techow mit demselben Automobil zum Tennisplatz, welches den Mördern zur Erreichung ihres Zweckes am Sonnabend diente, und holte dort eine junge Dame ab. Die Verrohung und Dreistigkeit, die aus diesen Vorgängen spricht, ist ungeheuerlich. Zwischen zwei Tennisspielen am Freitag nachmittag und Sonnabend mittag wird eine der bedeutensten Persönlichkeiten Deutschlands hingeschlachtet.

*

In den beiden ersten Jahren der gegenwärtigen Reichstagswahlperiode (Ende Juni 1920 bis Ende Juni 1922) sind im Reichstage insgesamt 1691 Anfragen gestellt worden. Davon entfallen auf die deutschnationale Volkspartei 502, die Deutsche Volkspartei 489, die Bayrische Volkspartei 64, die Zentrumspartei 73, die Deutsche Demokratische Partei 155, die Sozialdemokratische Partei 166, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 132, die Kommunisten 21, den Bayrischen Bauernbund 3, die Deutschhannoversche Landespartei 6. 77 Anfragen sind gemeinschaftlich von Angehörigen verschiedener Fraktionen eingebracht worden. Eine Anfrage verursacht rund 1000 *M* Druckkosten.

Turnen — Spiel — Sport.

Kreisturnfest in Gera.

Vom 14. bis 17. Juli fand in Gera das 11. Thüringer Kreisturnfest statt, das erste Turnfest dieser Art nach dem Weltkriege. Leider wurde das Fest von Anfang bis zum Ende von der Ungunst der Witterung beeinflußt, so daß es in bezug auf turnerische Leistungen und auch den finanziellen Erfolg nicht die gehegten Erwartungen erfüllte. Bereits am Freitag nachmittag verregneten die Vorführungen der Schüler und Schülerinnen Geras und der Festplatz wurde fast grundlos. Am Sonnabend fanden trotzdem die angesetzten Wettkämpfe statt, die mit einiger Verspätung wenigstens durchgeführt werden konnten. Am Abend vereinigten sich die anwesenden Turner in den sieben größten Lokalen Geras zu Begrüßungsfeiern, die einen harmonischen Verlauf nahmen und namentlich bezüglich der turnerischen Vorführungen voll befriedigten. Sonntag vormittag regnete es wieder in Strömen und alle turnerischen Kämpfe mußten nach den Turnhallen verlegt werden. Gegen Mittag hatte der Himmel ein Einsehen, es begann etwas abzutrocknen und der Festzug konnte ohne weitere Störung durchgeführt werden. Mit 182 Fahnen zogen etwa 18 000 Turner durch die festgeschmückten Straßen der Stadt nach dem Festplatz, der um 3 Uhr nachmittags erreicht wurde. Anschließend fanden allgemeine Freiübungen statt, an denen 4000 Turner, darunter 800 Turnerinnen, teilnahmen. Einen imposanten Anblick boten der Aufmarsch hierzu unter Vorantritt der Fahnen und die exakte Vorführung der Freiübungen, die als Massenwirkung von überwältigender Einheitlichkeit stürmischen Beifall der nach vielen Tausenden zählenden Zuschauer auslöste. Hieran anschließend fanden noch die verschiedenartigsten Wettkämpfe, sowie Sondervorführungen statt, die lebhaftes Interesse erregten. Am Montag vormittag wurden die angesetzten Wettkämpfe der Alten wieder durch Regen behindert und mußten in den Turnhallen abgehalten werden. Trotz wiederholter Regenschauer und stürmischer Witterung wurden die Entscheidungskämpfe um die verschiedensten Kreismeisterschaften am Nachmittag ausgetragen, denen sich dann mit nicht geringer Verspätung die Siegerverkündung anschloß. Von den Wettkämpfern aus hiesigen Turnvereinen haben folgende Siege errungen:

Dreikampf für Altere: 1. Stufe: Schuppan, Turnerische Vereinigung, 48 Punkte; 2. Stufe: Menzel, Männer-Turnverein, 43 P.

Neunkampf für Altere: 2. Stufe: Menzel, Männer-Turnverein, 123 P.

Zwölfkampf: 2. Stufe: Krug, Männer-Turnverein, 169 P., Kaßler, Männer-Turnverein, 162 P.

Neunkampf der Turnerinnen: Marta Eisenhut, Männer-Turnverein, 131 P., Marg. Trömer, Männer-Turnverein, 121 P.

Fünfkampf der Turnerinnen: Marg. Jähnert, Turnerische Vereinigung, 68 P.

Fünfkampf: Dorn, Männer-Turnverein, 52 P.

Siebenkampf: 2. Stufe: Vollmer, Männer-Turnverein, 122 P., Scheibe, Männer-Turnverein, 108 P., Heyne, Männer-Turnverein, 104 P.

Der Nordostthüringer Gau ist bei den Siegern vom Kreisturnfest im allgemeinen stark vertreten, auch verschiedene Kreismeisterschaften haben sich Nordostthüringer Turner und Turnerinnen geholt, so daß auch unser Gau mit den turnerischen Erfolgen zufrieden sein kann.

Wichtiges vom Tage.

Der Ausschuß des Reichstages für auswärtige Angelegenheiten wird heute, Mittwoch den 19. Juli, zusammentreten. Den Gegenstand der Beratungen, die wie immer vertraulich sein werden, wird die Reparationsfrage bilden.

*

Der Vorsitzende der gemischten Kommission für Oberschlesien, Herr Calonder, ist mit den übrigen Mitgliedern dieser Kommission in Berlin eingetroffen und sowohl vom Reichspräsidenten wie vom preußischen Ministerpräsidenten empfangen worden. Calonder hat sein schwieriges Amt stets mit vielem Takt und großem Gerechtigkeitssinn ausgeübt.

*

Im englischen Parlament ist die Debatte über den Antrag, einen Ausschuß zur Untersuchung der Titelverleihungen einzusetzen, noch nicht beendet worden. Lloyd George machte den Gegenvorschlag, eine Kommission zu ernennen, die der Regierung Vorschläge über neue Methoden der Titelverleihung machen solle. Da die Regierung den Antrag aus dem Hause, obwohl er von fast 300 Mitgliedern unterzeichnet war, für unannehmbar erklärt hat und die Vertrauensfrage stellen will, muß dem Ergebis der Verhandlungen mit einer gewissen Spannung entgegengesehen werden.

*

Die bulgarische Regierung hat eine Tochter des bulgarischen Gesandten in London, die bereits auf der Friedenskonferenz Sekretärin der bulgarischen Abordnung gewesen war, zum ersten Sekretär bei ihrer Gesandtschaft in Washington ernannt. Die Sowjetregierung hatte eine Frau unter den Mitgliedern ihrer Delegation, die in Brest-Litowsk verhandelte. Ebenso hatte die österreichische revolutionäre Regierung Frau Rosika Schwimmer zur Gesandtschaft in Berlin delegiert. Abgesehen von diesen zwei Fällen dürfte es das erste Mal sein, daß eine Frau offiziell als ordentliches Mitglied einer Gesandtschaft zugeteilt worden ist.

*

Die Quäker, die sich um die Kinderspeisung in Deutschland ein unvergeßliches Verdienst erworben haben, stellen ihre Tätigkeit am 31. Juli ein. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß diese Speisungen, wenn auch leider nicht in früherem Umfange, auch im kommenden Winter werden fortgeführt werden können, und zwar durch den deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe. Die Mittel werden aus Sammlungen in den Vereinigten Staaten bei den Amerikanern deutscher Abkunft und durch die deutsche Regierung aufgebracht werden.

*

Der Sitzung des österreichischen Nationalrates am 17. Jui wohnten zum erstenmal die burgenländischen Abgeordneten bei, die vom Präsidenten Weißkirchner mit warmen Worten begrüßt wurden. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildeten die furchtbaren Finanznöte Österreichs. Der sozialdemokratische Führer Renner geißelte mit scharfen Worten die Untätigkeit der österreichischen Regierung, die lediglich von der Illusion gelebt habe, das Ausland werde Kredite gewähren.

*

Der Streik in der Seeschiffahrt dauert in der Nordsee und der Ostsee fort. Es ist wahrlich allerhöchste Zeit, daß endlich das Schlichtungsgesetz kommt.

*

Mag das Ende der beiden Mörder Rathenaus, die kurz vor der Verhaftung ihrem Leben selbst ein Ende bereiteten, nicht ganz im Sinne der strafenden Gerechtigkeit sein, so muß man doch allen Vermutungen zum Trotz die fabelhafte Leistungsfähigkeit der Berliner politischen Polizei bewundernd anerkennen, die ungeachtet der vielen Hindernisse, die ihr zum Teil von seiten der Bevölkerung in den Weg gelegt wurde, mit treuem Pflichtbewußtsein ihre Aufgabe nachging und nichts unversucht ließ, um der Verbrecher habhaft zu werden. Das durch die Verfolgung ermittelte Material über die Geheimorganisation und die Verbindung der Mörder mit anderen Personen wird wohl in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, und dann wird man erst ersehen, wie viel schwere und aufopferungsvolle Arbeit die Beamten in der Angelegenheit geleistet haben, so daß alle Verdächtigungen, die man gegen die Berliner politische Polizei aussprach, als unbegründet bezeichnet werden müssen.

Volkswirtschaftliches.

Notierungen vom 19. Juli.

Die deutsche Mark — Pfennige im Ausland.

Festgestellt auf Grund der amtlichen Berliner Devisenkurse.

In:	18./7.	17./7.	In:	18./7.	17./7.
Holland . . .	0,9	1,0	England . . .	0,9	1,0
Belgien . . .	2,1	—	Amerika . . .	0,9	0,9
Norwegen . .	1,4	1,5	Frankreich . .	2,0	—
Dänemark . .	1,1	1,2	Schweiz . . .	0,9	—
Schweden . .	0,9	1,0	Spanien . . .	1,1	—
Italien . . .	3,7	—	Tschechoslowakei	7,8	8,0

Effektenmarkt.

Hallesche Börse.

Kursnotierungen der Halleschen Bankfirmen.

Hall. Bankver., alte	228,—	Eisenwerk Brünner	400,—	Gottfried Lindner	730,—
Hall. Pfännerschaft	490,—	Halle Zimmerm., St.	400,—	Wegelin u. Hübner	660,—
Riebeck Montan	1625,—	Hall. Maschinenfabr.	3020,—	Zeitzer Maschinen	—,—
Werschen-Weißenfels	—,—	Glanziger Zucker	—,—	Zuckerraffin. Halle	925,—
Ammendorfer Papier	1350,—	Halle Zement	—,—	Halle-Hettstädt Lit. A	—,—
Aktienmalzf. Könnern	800,—	Körbisdorfer Zucker	—,—	do. do. Lit. B	130,—
Eilenburger Kattun	—,—	Kyffhäuser-Hütte	400,—	Bruckdorf-Nietleben	—,—

Warenmarkt.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

Weizen, märkischer 1070—1100, fest; Roggen, märkischer 810—825, fest; Gerste (Sommergerste) 940—960, fest; Hafer, märkischer 900 bis 930, fest; Mais ohne P[illegible]nienzangabe, prompt 815—825 ab Hamburg, fest; Weizenmehl [illegible]—3075, feinstes höher, ruhig; Roggenmehl 2000—2200, ruhig; [illegible]izenkleie 675—685, fest; Roggenkleie 675 bis 690, fest; Raps 1650—1700, fest; Leinsaat 1700—1800, fest; Viktoriaerbsen 1200—1275, kleine Speiseerbsen 1025—1075, Futtererbsen, Peluschken, Ackerbohnen 910—940, Wicken 825—875, blaue Lupinen 640—660, gelbe Lupinen 950—1000, Rapskuchen 700—750, Leinkuchen 1050—1100, Trockenschnitzel prompt 610—620, Zuckerschnitzel 680—740, Torfmelasse 400—450, Kartoffeln unnotiert.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Leipziger Produktenbörse.

Weizen per 50 Kilo netto hiesiger 1040—1065 bez. u. Br., brauner 1040—1065 bez. u. Br. Roggen per 50 Kilo netto hiesiger 800—875 bez. u. Br., preußischer 800—825 bez. u. Br. Gerste, per 50 Kilo netto Braugerste hiesige 950—980 bez. u. Br., Saalegerste 950—980 bez. u. Br., Wintergerste neue 820—850 bez. u. Br. Hafer per 50 Kilo netto inländ. 960—990 bez. u. Br. Mais, per 50 Kilo netto amerikanischer 875 bez. u. Br., runder — bez. u. Br. Raps per 50 Kilo netto 1700 bis 1800 bez. u. Br.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Stroh- und Heupreise.

Im nichtamtlichen Verkehr der Berliner Produktenbörse wurden folgende Preise notiert: Weizen-, Roggen- und Haferstroh, drahtgepreßt 195—210, gebündeltes Roggenlangstroh 180—205, Heu, gutes 365 bis 410, handelsüblich 320—365.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Vermischte Nachrichten.

100 Jahre Soldat.

„Ich habe den großen Napoleon während seines Rückzuges von Moskau 1812 mit meinen eigenen Augen gesehen. Er trug einen grünen Kavalleriemantel." Diese erstaunliche Mitteilung machte ein wolhynischer Landmann namens Mecislaus Krasinsky, der behauptet, 132 Jahre alt zu sein. Ein Sonderberichterstatter des „Intransigeant", der diesen Methusalem in Warschau des Näheren ausgefragt hat, erzählt, daß Krasinsky nach Warschau zur Polizei kam, um anzuzeigen, daß ihm 50 000 *M* in der Straßenbahn gestohlen worden seien. Er gab dabei als sein Geburtsjahr das Jahr 1790 an. Wie er erzählt, ist er fast 100 Jahre Soldat gewesen, denn er wurde zunächst im Jahre 1808 bei der 3. Schwadron der kaiserlichen französischen Garde eingestellt und hat noch im russisch-japanischen Krieg 1905 mitgemacht. „Ich focht in Rußland", berichtet er von seinen ersten Kriegsabenteuern. „Ich erinnere mich noch sehr gut an das Unglück bei dem Übergang über die Beresina. Ich verbrannte an diesem Unglückstage selbst einen Haufen von neuen Fahnen mit der Trikolore. 1830 stand ich in den Reihen der aufständischen polnischen Armee und focht für die Befreiung Polens von Rußland. Dafür wurde ich 16 Jahre nach Sibirien geschickt." Krasinsky hat dann noch an dem chinesischen Feldzug von 1900 und am russisch-japanischen Krieg teilgenommen. Er zeigt stolz acht militärische Medaillen, die er sich während seiner langen Soldatenlaufbahn erworben hat, und erklärt, er hatte noch viele andere, die ihm aber von den Bolschewisten gestohlen worden seien. Nach seinen Angaben wurde er in Moskau 1812, in Leipzig 1813 und dann während des Aufstandes von 1830 verwundet." „Ich bin niemals krank gewesen", schloß er, „und das kommt daher, weil ich immer in allen Dingen mäßig gelebt habe. Zu rauchen begann ich erst vor 30 Jahren. Mein Vater starb mit 117 Jahren und meine Mutter mit 97."

Einige Geschichten von Max Liebermann.

Von Max Liebermann, dessen 75. Geburtstag alle Kunstfreunde sich zu feiern anschicken, werden in „Über Land und Meer" einige Anekdoten erzählt, die die Schlagfertigkeit dieses großen Meisters im schärfsten Licht zeigen. Als einmal ein Kollege eine Zeichnung Liebermanns lange betrachtet hatte und ihn dann fragte, ob er mit einem weichen oder harten Bleistift zu zeichnen pflege, erhielt er nur die Antwort: „Mit Talent". — Bei einem Porträt, das Liebermann malte, wollte der Dargestellte Zweifel an der Ähnlichkeit äußern, worauf der Meister Bild und Modell prüfend betrachtete und dann schließlich entschied: „Wissen Sie, ich habe Sie ähnlicher gemalt als Sie sind." — Libermann war längst berühmt, als die offiziellen Kreise von ihm noch wenig Notiz nahmen. Im Münchener Hofbräuhaus wurde ihm einmal von einem Bekannten ein General a. D. vorgestellt, der sich bei ihm erkundigte, ob er Maler sei. Die Kellnerin aber, die den Namen Liebermann gehört hatte, sagte daraufhin: „Verzeihen S' die Nachfrage: Sind Sie halt der Maler Max Liebermann aus Berlin?" Der Gefragte bejahte dies, worauf die Kellnerin ausrief: „Schaun S', dös ist mir a Freud, a so berühmten Künstler zu bedienen!" Voll Erstaunen hörte der General zu und meinte schließlich wohlwollend: Na, in diesen Kreisen scheinen Sie ja recht bekannt zu sein!"

Landwirtsbedarf!

Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager in:

a) Textilien: Arbeitsbekleidung, Tuchmäntel, Sakko-Anzüge, Khaki-Anzüge, Schilfleinen-Anzüge, Drell-Anzüge, sämtl. Sorten Hosen, Unterwäsche, Strümpfe, Handtücher, Taschentücher, Finger- und Fausthandschuhe;

b) Schuhwerk: Kavallerie-Schaftstiefel, Infanterieschaftstiefel, schwarze u. braune Jagdschuhe, Arbeitsschnürschuhe, Sandalen u. gebrauchte Militär-Schnürschuhe;

c) Leder: Sielengeschirre, Lederkreuzleinen, Umgänge, Fahrerpeitschen, Gurtwassertrensen;

d) Werkzeug: Holzbeile, Frankf. Schaufeln, Danzig. Spaten, Falzhämmer

e) Diverses: Ketten, Schlösser, Striegeln u. Kartätschen, Säcke, Tier-Arzneimittel, Stockpeitschen usw.

Lagerbesuch jederz. lohnend! Kein Kaufzwang.

Versand nach außerhalb durch Post- u. Bahn-Nachnahme. Verkauf tägl. 8—3 Uhr, Sonnabends von 8—12 Uhr, Mittwochs geschlossen.

Die Heeresgerätestelle unter Aufsicht des landwirtschaftl. Kreisvereins

Lager: Leipzig, Roscherstr. 13, Teleph. 2992.

Anzüge für Herren u. Burschen, Manchester-Anzüge Gummimäntel und Schlüpfer, Sportjoppen, Hosen Arbeitshosen aller Art verkauft

Barth, Leipzig, Große Fleischergasse 1.

Wilhelma in Magdeburg.

Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-Versicherung etc.

Unverbindliche Besuche jederzeit bereitwilligst u. kostenlos.

Mitarbeiter gesucht!

Auskunft erteilt: Inspekt. Herrlich, Merseburg, Gotthardtstraße 22.

Geg. Haarschwund hilft schnell u. sicher

Crescrinella

auch bei wenigen Wurzeln.

Zu haben Ritter-Drogerie.

Von Freitag, den 21. d. Mts., ab steht ein sehr großer Transport nur der allerbesten hochtragenden frischmilchenden

Kühe mit Kälbern

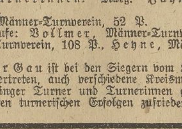
schöne hochtrag. Färsen,

gute Zuchtbullen

sowie Zugkühe

bestes ostfriesisches Milchvieh

recht preiswert zum Verkauf.



H. Heydenreich, Crumpa b. Mücheln.

Telephon 39. — Telephon 39.

Von Freitag, den 21. d. M., steht ein frisch. Transport best. und allerschwerster ostfriesischer

Kühe u. Färsen

preisw. zum Verkauf.

Willy Ziegenhorn, Schafstädt, Telephon 52.

: Anzüge :

alle Größen, auch Bauchfigur,

Paletots,

Gesellschaftsanzüge,

Hosen a. Art

Gu. Mäntel.

Baumgärtel, Leipzig,

Königsplatz 9, I. neben Grassimuseum.

Bei Kauf vergüte Fahrgeld.

Geld

von 500—30 000 Mk.

erhalten solv. Leute jeden Standes durch

PAUL LUBACH

Bln.-Steglitz Schildhornstr. 72

Anfragen Marken beifügen.

Geldschränke, Kassetten, Mauerschränke sof. liefb. Preisl. umf. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Telegramm!

Snob-Motor

erzielte bei Eifelrundfahrt um die deutsche Touristentrophäe am 14. 7. überlegen:

1. und 3. Preis.

Wieder ein Beweis, daß der Snob-Einbaumotor der leistungsfähigste unter allen Kleinmotoren ist.

Alleinvertretung:

Gustav Engel Söhne.

Tel. 203.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-607876913192207 19-19/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 28,00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. — Durch die Post bezogen 32 Mark einschließl. Bestell- und Bezugsgeld. — Einzelnummer 1,50 Mark.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 1,50 Mk., im Reklameteil 7,00 Mk., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 59070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“, der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 167. Mittwoch den 19. Juli 1922 49. Jahrg.

Vertagung ist keine Lösung.

Als im Reichstag, nachdem man nach einigen Wirren den Rest des Programms der sommerlichen Tagung erledigt hatte, die schrillen Klingelzeichen ertönten, als das Megaphon in die gemütlichen Gefilde, die oft besser besetzt sind als der Sitzungssaal, das von den ferienfrohen Gemütern mit Sehnsucht erwartete Wort „Vertagung“ hinausschrie, da bedeutete diesmal das Wort doch mehr, als daß nur wieder ein Tagungsabschnitt des Parlaments erreicht ist. Vertagt sind diesmal auch all jene großen Entscheidungen, um die man mit so viel Eifer gerungen hatte.

Vertagt ist auch — und das muß man im Auge behalten — die Frage der Reichstagsauflösung. Immer wieder hatte man das Gespenst einer Auflösung an die Wand gemalt, und es ist ja auch zweifellos richtig, daß eine solche Auflösung des Parlaments im gegenwärtigen Augenblick sehr bedenkliche Wirkungen hätte haben müssen. Selbst wenn, was noch keineswegs feststeht, der Wahlkampf vollkommen ruhig verlaufen wäre, so sind die außenpolitischen Gefahren doch nicht zu unterschätzen. Die deutsche Regierung muß jetzt mit der Reparationskommission über das Moratorium verhandeln. Das wäre nahezu unmöglich für eine Regierung, die sich nicht auf das Parlament stützen kann, für eine Regierung, von der man nicht weiß, ob nicht die Wahlen sie beseitigen wird. Auf Seiten der Regierung war man darum auch immer bestrebt, die Auflösung zu vermeiden, und noch zuletzt hat sich auch der Reichspräsident nach seiner Rückkehr aus Freudenstadt in diesem Sinne ausgesprochen. Ernsthaft ist zuletzt wenigstens von besonnenen Politikern, nachdem es einmal gelungen war, in der Frage der Getreideumlage zu einem Kompromiß zu gelangen, eine Auflösung des Parlaments kaum noch gefordert worden. So schreibt auch der „Vorwärts“, daß eine Auflösung des Reichstages nur möglich ist, wenn es sich um sachliche Gegensätze von solcher Tiefe handelt, daß sie das ganze Volk aufrütteln. Dieser Fall war gegeben bei der Getreideumlage und er wäre eingetreten, wenn die Gesetze zum Schutz der Republik eine Fassung erhalten hätten, in der sie ihrem Zweck nicht entsprechen. Nun aber ist gestern das Schutzgesetz mit reichlicher Mehrheit von der Deutschen Volkspartei bis zu den Unabhängigen angenommen worden und hat damit wenigstens für diesen Fall eine Einheitsfront hergestellt, welche uns viel hätte ersparen können, hätte sie schon früher sich herausgebildet!

Vertagt ist auch die Frage der Verschmelzung der USP. und der Mehrheitssozialisten. Die Frage ist zwar aufgeworfen, die Auseinandersetzung in der Fraktion der Unabhängigen hat recht lange gedauert und soll zeitweilig auch recht scharfe Formen angenommen haben, aber man hat hier auch schließlich mit beträchtlicher Mehrheit der Vertagung zugestimmt. Der sozialdemokratische Parteitag ist für den 17. September nach Augsburg einberufen und etwa zur gleichen Zeit dürfte auch der Parteitag der Unabhängigen zusammentreten. Dann wird man sich also erneut mit der Frage der Vereinigung beider Parteien zu beschäftigen haben, wobei es als sicher gelten kann, daß, wenn diese Fusion zustande kommt, der linke Flügel der USP. abspliittern wird. Auf sozialistischer Seite wird man natürlich alles tun, um die so lang ersehnte Einigung zustande zu bringen. „Wenn der Reichstag im Herbst wiederkommt,“ so schließt der „Vorwärts“ einen „Es lebe die Einigkeit!“ überschriebenen Artikel, „dann darf es nur noch eine Fraktion, eine Partei, eine geschlossene organisierte Masse der deutschen Sozialdemokratie geben!“

Damit ist auch die Frage der Regierungsumbildung vertagt. Im Augenblick liegen die Unabhängigen auf den Eintritt eines ihrer Abgeordneten in die Regierung keinen ausschlaggebenden Wert. Auch hierüber soll der Parteitag Beschluß fassen. Bekannt ist ja auch, daß der Reichspräsident, der auch jetzt wieder mit viel Geschick vermittelt hat, in Anbetracht der außenpolitischen Schwierigkeiten darauf hinwirkte, die Umbildung bezw. die Erweiterung der Regierung erst im Herbst in Angriff zu nehmen.

Vertagt ist auch damit die Frage der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien. Die Verhandlungen haben zwar eine eingehende Debatte, aber keine endgültigen Beschlüsse gebracht. Vollkommene Einigkeit herrscht jedenfalls darüber, daß es sich bei dieser Arbeitsgemeinschaft keineswegs um eine aggressive bürgerliche Front gegen die Sozialdemokratie handeln kann. Einzelheiten des Planes sind bisher noch nicht festgelegt. Es ist wohl in erster Linie an eine Vorbesprechung bei gesetzlichen Maßnahmen gedacht, um von Fall zu Fall eine gesetzliche Stellungnahme zu suchen. Man verspricht sich vor allem eine Vereinfachung des parlamentarischen Geschäftsganges von der Arbeitsgemeinschaft. Selbstredend werden aber die einzelnen Fraktionen ihre völlige Selbständigkeit behalten, denn was erreicht werden soll, das ist eine taktische, aber keine programmatische Annäherung, wie die „Germania“ ausdrücklich betont. Es ist gewiß, daß diese Arbeitsgemeinschaft natürlich sich erst einleben muß. So ist z. B. der Kreuzungsantrag der Deutschen Volkspartei, den 18. Januar und nicht den 11. August zum Nationalfeiertag zu machen, in diesem Zeitpunkt nicht glücklich. Vor allem aber wird die Provinzagitation nach mancherlei Überraschungen bringen. Hat man sich seit Jahren an die rücksichtslose Agitation gewöhnt, so mag es jetzt schwer fallen, eine andere Tonart zu finden. Ja, hat doch mancher bisher gemeint, er mache Politik, wenn er agitierte. Auch in unserem Bezirke wird häufig noch eine Sprache geführt, welche das Zusammengehen recht erschwert. Es sollte selbstverständlich sein, daß die Arbeitsgemeinschaft im Reiche auch für das politische Leben in den Bezirken unbeschadet eigener Ansichten in der Tonart, in den Kampfmitteln Mäßigung und Takt fordert. Es wird sich jetzt deutlicher als je zeigen, wer ein Nur-Parteipolitiker ist und wer mehr ist als das.

Es ist nötig, in den kommenden Wochen die innerpolitischen Schwierigkeiten bei Wiederbeginn der Reichstagsperiode durch die Dämpfung der schädlichen Nur-Parteipolitik herabzumindern. Denn alle die „Vertagungen“, welche wir aufzählten, stellen ja keine Lösungen dar. Im Herbst wird die Frage der Regierungsumbildung von neuem gestellt werden und dann muß sie gelöst werden. Bis dahin ließe sich in allen Parteien für Erziehung zum Verantwortlichkeitsgefühl, zur nüchternen Erkenntnis des Notstandes gar vieles leisten.

Französische Denkschrift über den „absichtlichen“ Bankrott.

Paris, 19. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Morgenblätter bringen heute die Meldung, daß die französische Regierung eine Denkschrift vorbereite, in der sie Deutschland beschuldigt, geflissentlich den Marksturz herbeigeführt zu haben. Die Denkschrift soll der Reparationskommission als Argument bei den Beratungen über das Moratorium dienen.

Der „Oeuvre“ nimmt an, daß Poincaré einige Tage vor dem 15. August, d. h. vor dem nächsten Zahlungstage, also bevor man Deutschland eine Antwort geben müsse, ob man das Moratorium billige, die Reise nach London antreten werde. Der „Petit Parisien“ verlangt heute in einem Leitartikel eine strenge Kontrolle der deutschen Finanzen. Man werde bald erkennen, ob der Garantieausschuß in Berlin in dieser Richtung ein befriedigendes Ergebnis erzielen werde. Auch dies Blatt spricht von der Überteuerten Ausgabe von Banknoten. Es sei Zeit, daß das ein Ende nehme. Man könne einem Lande nicht gestatten, eine südliche Unordnung in den europäischen Organismus zu bringen. (Sehr richtig! rufen wir dem Volke mit dem 600 000 Mann-Heer und dem Besatzungswahnsinn zu!) Das Blatt glaubt, daß auch die Kompensation eines Teiles der alliierten Schulden mit der deutschen Schuld nötig sei.

Nur ganz geringfügige Zugeständnisse . . . .

Köln, 19. Juli. (WTB.) In einem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ über Kohlennot und Kohlenpreis heißt es, daß die Verbandsmächte, wie das Blatt höre, es abgelehnt haben sollen, englische Kohlen an Stelle der rückständigen Wiederherstellungskohle anzunehmen und sich auch den Vorstellungen der deutschen Note über die Schwierigkeiten der deutschen Kohlenversorgung gegenüber durchaus ablehnend verhalten. Wenn überhaupt mit einer Milderung der deutschen Kohlenleistungen gerechnet werden könne, was noch fraglich sei, so werde es sich nur so geringfügige Zugeständnisse handeln, daß sie an unserer schwierigen Lage kaum etwas ändern könnten. Insbesondere verharrten die Verbandsmächte auf der vorzugsweisen Lieferung von Koks und Kokskohle mit ihren tief einschneidenden Rückwirkungen auf die gesamte deutsche Industrie.

Schwierige Lage im amerikanischen Bergbau?

Washington, 19. Juli. (WTB.) Präsident Harding empfahl den verschiedenen Staaten, durch Truppen die Bergwerke schützen zu lassen, in denen die Arbeit wieder aufgenommen worden ist.

Aufhebung des freien Devisenhandels in Oesterreich.

Wien, 19. Juli. (WTB.) Durch Verordnung des Bundesfinanzministeriums betreffend die Beschränkung des Handels und Verkehrs mit ausländischen Zahlungsmitteln wird bestimmt, daß ab 19. Juli jeder freie Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln, auch an der Börse und von Büro zu Büro und die Vermittlung von Geschäften bis auf weiteres streng verboten ist. Ausgenommen ist aber die Abgabe von ausländischen Zahlungsmitteln zur Bestreitung von Reisespesen. Alle nach der Devisenordnung zulässigen Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln sind ausschließlich in der Clearing-Devisenzentrale abzuwickeln. Als Preise für ausländische Zahlungsmittel dürfen nur die von der Devisenzentrale veröffentlichten Kurze verlautbart werden.

Korfanty in Nöten.

Warschau, 19. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die polnische Staatskrisis wird immer verwickelter. Korfanty sucht seine Ministerliste zusammenzustellen. Die Linke opponiert unentgiebig gegen ihn. Die Sozialisten haben beschlossen, ein Manifest zu veröffentlichen und einen eintägigen Generalstreik zu veranstalten.

Der illegale Marburger „Studententag“ verboten.

Frankfurt a. M., 19. Juli. (WTB.) Das Oberpräsidium für Hessen-Nassau hat den geplanten Studententag in Marburg verboten. Dieser „Studententag“ war ein nicht gesetzmäßiger, insofern er von einer parteiisch-deutsch-völkisch eingestellten studentischen Gruppe im Gegensatz zu dem verfassungsmäßigen Homburger Studententag einberufen war.

Deutschlands Zahlungsunfähigkeit.

Eine deutsche Note.

In der der Reparationskommission am 11. Juli in Paris übergebenen Note über ein Moratorium für die bis 1924 fälligen Reparationsbarzahlungen war angekündigt worden, daß wegen der übrigen Barzahlungen auf den Friedensvertrag, für deren Regelung nicht die Reparationskommission, sondern die beteiligten alliierten Regierungen selbst zuständig sind, an die Regierungen eine weitere Note gerichtet werden würde.

Diese Note ist Ende der vorigen Woche in London, Paris, Rom und Brüssel übergeben worden. Den Botschaftern der Vereinigten Staaten von Amerika und Japan in Berlin ist gleichzeitig eine Abschrift dieser Note überreicht worden. In dieser Note wird auf den an die Reparationskommission gerichteten Moratoriumsantrag Bezug genommen und für die Zeit bis zum Ende des Jahres 1924 beantragt, daß die monatlichen Clearingraten, die zurzeit 2 Millionen Pfund betragen, auf eine halbe Million Pfund herabgesetzt werden, und daß Barzahlungen auf Abschnitt 4 des Teiles 10, insbesondere auf § 297 e des Vertrages von Versailles, in dieser Zeit nicht zu leisten sind.

Dollar heute 471 (gestern 481)

Der Hauptträger in Paris übermittelte Note schließt daher, so heißt es in der Havasmitteilung weiter, keineswegs die Möglichkeit eines Zusammentreffens der beiden Staatsmänner aus, was übrigens in Paris wie auch in London wünschenswert erscheine. Der französische Ministerpräsident behalte sich nur vor, den Augenblick auszuwählen, den er für den günstigsten hält.

Nach einer Pariser Meldung der „D. A. Z.“ soll in seiner gestrigen Sitzung der Ministerrat beschlossen haben, die schleunige Durchführung des Wiesbadener Abkommens von Deutschland mit allen Mitteln zu verlangen. Unentschieden ist noch wie vor noch die Zollfrage für die aus Deutschland kommenden Güter. Der Plan des Ministers Le Troquer soll die Billigung des Ministerrats gefunden haben (Deutsche Arbeitsleistungen in Frankreich, z. B. Rhoneregulierung).

Morgen tritt das Wiesbadener Abkommen in Kraft!

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Das Wiesbadener Hauptabkommen vom 6. Oktober 1921 und das Rupel-Gillet-Abkommen vom 15. März und 3. Juni 1922 werden nach einem Übereinkommen der deutschen und der französischen Regierung vom 20. Juli d. J. zur Anwendung gelangen. Von diesem Tage ab gilt deshalb für die Reparationslieferungen an Frankreich, soweit sie für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, der freie Verkehr nach Maßgabe des Cunze-Bemelmans-Abkommens vom 2. Juni 1922. Ausgenommen vom freien Verkehr sind gewisse in einer besonderen Liste zusammengestellte Waren, für die das Verfahren des Wiesbadener Abkommens gelten wird. Mit Durchführung des letzteren ist der Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten beauftragt worden. Zur Ausführung des freien Verkehrs mit Frankreich und des Wiesbadener Abkommens sind zwei Bekanntmachungen erlassen worden, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat wiederholt gebeten, die Neuwahl des Reichspräsidenten vorzunehmen, sobald rechtliche und tatsächliche Hindernisse nicht mehr im Wege stehen. Nachdem nunmehr der deutsch verbleibende Teil Oberschlesiens abgegrenzt und geräumt ist, hat der Reichspräsident den Reichskanzler erneut um Anberaumung der Wahl durch den Reichstag ersucht. Der Reichskanzler hat, da nach dem Gesetz der Tag der Wahl vom Reichstage festgesetzt wird, die Frage mit den Parteiführern eingehend besprochen. Diese waren einmütig der Auffassung, daß es nicht zweckmäßig sei, den Wahltag noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages festzusetzen, daß dagegen die Beschlußfassung des Reichstages hierüber alsbald nach seinem Wiederzusammentritt im Oktober vorgenommen werden soll. Danach wird die Wahl voraussichtlich im Dezember oder Januar stattfinden.

Die deutsche Einheitskurzschrift.

Der Ausschuß zur Ausarbeitung einer deutschen Einheitskurzschrift, der im Reichsarbeitsministerium des Innern unter Leitung von Staatssekretär Schulz vom 11. bis 13. Juli tagte, hat den Entwurf einer Verkehrsschrift fertiggestellt und der Reichsregierung übergeben.

Bei der Abstimmung haben von 12 anwesenden Ausschußmitgliedern acht für den Entwurf und drei dagegen gestimmt; ein Mitglied enthielt sich der Stimmabgabe. Für den Entwurf stimmten sämtliche Regierungsvertreter der Schulen Gabelsberger und Stolze-Schrey mit Ausnahme eines Herrn (Gabelsbergerianer), der von seiner Regierung zu einer Stimmabgabe nicht ermächtigt zu sein glaubte und sich daher der Abstimmung enthielt, ferner alle von der Schule Gabelsberger entsandten Vertreter. Dagegen stimmten die von der Schule Stolze-Schrey benannten drei Herren, weil sie in der Wahl des Gabelsberger Zeichens für „r“ einen sachlichen Mangel erblicken und bei der bisherigen Stellung ihrer Schule der Entscheidung des Stenographentages von Eisenach, der erst im August stattfinden wird, nicht vorgreifen wollten. Demgegenüber vertrat der von der badischen Regierung gesandte Sachverständige der Schule Stolze-Schrey den Standpunkt, daß die Leistungsfähigkeit des Entwurfes auf voller Höhe stünde und seine Einfachheit sich der des Stolzeschen Systems so stark nähere, daß sich die Wiederaufnahme des Systemkampfes aus kulturellen und wirtschaftlichen Gründen nicht rechtfertigen lasse. Zwei Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der preußischen und der Schweizer Regierung, waren nicht anwesend.

Der Entwurf soll nunmehr der Öffentlichkeit übergeben und dann den beteiligten Reichsressorts und Landesregierungen zur Entscheidung zugeleitet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220719-19/fragment/page=0007